

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Droschenschrift: Tageblatt Riesa.  
Genuß Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststedtonton: Dresden 1000  
Girologe Riesa Nr. 52.

N 219.

Mittwoch, 19. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für die Zeit vom 15. bis 21. September 1923 300000 Stück einheitl. Bezugserlösen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Gründruckschrift 5 Silben 120 M.; für die 30 mm breite, 8 mm hohe Gründruckschrift 8 Silben 140 M.; zeitrauhende und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Seitenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenabfassungszahl. Beste Tarife. Gewillkürter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verschuldet, dann Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abträgige Unterhaltungsbeilage „Fräulein an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verantwortliche über der Verleihungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion, Bearbeitung und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Umsetzung: Wilhelm Tritsch, Riesa. Schlüsselzahl: 12000.

## Örtliches und Sachsisches.

Riesa, den 19. September 1923.

\* Nichtamtlicher Bericht über die getretenen abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium lebten die Herren Braune und Pleisch. Am Röhrsteile hattet Herr Stadtrat Gutacker als Vertreter des beurlaubten Herrn Bürgermeisters, sowie die Herren Stadträte Eichler und Siebler Platz genommen. Der Auditorium war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von der Einladung zu einem Vortragsabend, den der Allgemeine Hoch-Siedlerverband im „Unter“ in Gröba demnächst veranstaltet, ferner von einer Mitteilung, die auf die gegenwärtige Schwierigkeit der Wiederaufbauung aus Mitteln der Kreis- und Landesregierung sächsischer Gemeinden hinweist.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Beurteilung des 31. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung. Der Nachtrag bestimmt, daß noch 1. Oktober d. J. ab alle in Riesa hergestellten und nach Riesa eingeführten alkoholischen und alkoholfreien Getränke (Mineralwasser, Limonaden) einer städtischen Steuer unterliegen. Gegen die Einführung dieser Steuer batte der Gastwirteverein für Riesa und Umgegend in einem Schreiben schriftlichen Protest erhoben, da die Steuer unsozial sei und durch deren Einführung der Konsum immer mehr zurückgedrängt werde. In einer größeren Anzahl von Gemeinden sei die Steuer abgelehnt worden. Über diese Angelegenheit erfuhr man sich eine umfangreiche Aussprache. Herr Stadtvorsteher Günther kennzeichnete zunächst seinen persönlichen Standpunkt. Er vertrat die Ansicht, daß die Besteuerung der alkoholhaltigen Getränke vom kulturellen Gesichtspunkte aus nur begrüßt werden könne. Es sei der Meinung, daß die verbühnungsähnliche Art der Konsum kaum erheblich zurückbedingen und das Gastwirtschaftsvermöge besonders schwächen werde. Die Finanzlage der Stadt erfordert dringend, daß jede sich bietende Einnahmequelle unter allen Umständen ausgenutzt werde. Es empfahl, von der Besteuerung der alkoholhaltigen Getränke abzusehen, um schließlich dadurch dem Gastwirtschaftsvermöge einen Ausgleich zu schaffen und den Absatz und Gewinn dieser Getränke zu heben. Auch Herr Stadtrat Gutacker wies darauf hin, daß die Stadt leider gewonnen sei, jede Einnahmequelle zu erfassen und bat, der Ratssvorlage in allen Stellen zuzustimmen. Er wies darauf hin, daß bei der Landestelle doch alle interessierenden Betriebsgruppen vertreten seien und von dieser Stelle aus die gesetzliche Steuer empfohlen werde. Nebenbei wurde bei künftigen Nachfragen um Unterstellungen von dort aus der Gemeinde der Vorwurf entgegengestellt, daß man von den gebotenen Einnahmequellen keinen Gebrauch gemacht habe. Herr Stadtvorsteher Johnne bestreitete, daß durch die Erhebung der Steuer ein Verlust erzielt wird. Es möchten, wenn die Steuer einmal geflossen werden, auch alle die Stellen reagieren, die unberichtigte Weiß-alkoholische Getränke zum Ausland bringen. Herr Stadtvorsteher Johnne erklärte, daß durch die Steuer die fraglichen Getränke ohne Zweifel in die Höhe getrieben würden. Das Gastwirtschaftsvermöge sei überlastet. Wir seien aber gezwungen, die Steuer zu erlassen, weil uns sonst jeder Aufwand verlost werde. Auf eine Anregung des Herrn Stadtvorsteher Johnne, die Vorlage anzunehmen, da eine Neuerung der Interessenten auf den ihnen vorgelegten Entwurf nicht eingegangen sei, erwiderte Herr Stadtvorsteher Johnne, daß nach Mitteilung des Vorsitzenden des Gastwirtschaftsvereins der Entwurf den Beteiligten zu spät zugegangen sei, sodass es nicht möglich gewesen sei, die Bestimmungen zu prüfen. Herr Stadtvorsteher Johnne betonte ebenfalls die starke Belastung des Gastwirtschaftsvermöges. Nicht nur die Gastwirte selbst, sondern auch die Angestellten im Gastwirtschaftsvermöge hätten darunter zu leiden. Die Not aber zwinge die Stadt, auch diese Steuererinnahme zu erfassen. Auch er empfahl, die alkoholfreien Getränke steuerfrei zu belassen. Herr Stadtrat Gutacker bat, trotzdem eine zwingende Vorstellung für die Art der Steuererhebung nicht bekehrt, seine Streitungen im Entwurf vorzunehmen. Herr Stadtvorsteher Johnne: Wir würden gern Gewerbe und Verbraucher entlasten, aber wir brauchen Mittel für soziale Fürsorge. Wollen wir diese Aufgabe lösen, müssen wir auch die Steuerquellen anstrengen. An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Herren Stadtvorsteher Richter, Mehlhorn und Schönborn. Die Ratssvorlage wurde schließlich einstimmig abgelehnt. Es wurde beschlossen, die alkoholfreien Getränke steuerfrei zu belassen, die Besteuerung der alkoholhaltigen Getränke in der im Entwurf vorgesehenen Höhe zu genehmigen. Werner wurde beschlossen, den Rat zu bitten, dem Kollegium nach einem Vierteljahr eine Abrechnung über Erfolg der Steuern vorzulegen und vor jeder weiteren Erhöhung dem Kollegium rechtzeitiges Kenntnis zu geben.

2. Der 32. Nachtrag. Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe betr. wurde einstimmig nach dem vom Rate vorgetragenen Entwurf genehmigt. Darauf empfahl Herr Stadtvorsteher Johnne, auch über diese Einnahmen Abrechnung einzufordern. Herr Stadtvorsteher Johnne brachte die Vorlage über Wohnungseinartierung zur Sprache. Er erklärte, es seien in Riesa noch Möglichkeiten vorhanden, größere Wohnungen zu teilen. Es müsste endlich auf den Wohnungsbauabsatz verzichtet werden. Er bringe darauf, daß im darüber liegenden Jahr vorgegangen werde. Der Rat möge umgedenkt ein Sechzehntausend, durch das die große Wohnungsnutzen nach Möglichkeit gelindert werde. Im Verlaufe der Debatte wurden mehrere Wünsche und auch Berichtigungen hinzugefügt, auf die Einnahme der Wohnungsbauabsatz laut-

Vor allem wurde angeregt, die Rüdelen, um der Entwicklung vorzubehren, schneller einzuleben.

3. Ebenfalls einstimmig: Annahme fand der 33. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung. Der Rat kann nun nicht mehr bestreiten. Von der Veranlagungsteuer sind demnach bestreitbare Veranlagungen, die lediglich dem Unterricht von öffentlichen oder erlaubten privaten Unterrichtsstätten dienen; Veranlagungen, die der Jugendpflege dienen, sofern sie hauptsächlich für Jugendliche und deren Angehörige vorgenommen werden und keine Tanzbelastungen damit verbunden sind; Veranlagungen, die der Leibesbildung dienen. Die Besteuerung tritt nicht ein bei gewerbsähnlichen Veranstaltungen dieser Art und solchen, die mit Totalitäts-, Wettkämpfen oder Tanzbelastungen verbunden sind. Veranlagungen, für deren Besuch Eintrittsgeld erhoben wird, gelten schon dann als gewerbsähnlich, wenn Personen als Darsteller auftreten, die das Auftreten beruht, oder gewerbsähnlich betreiben. Die Steuerfreiheit tritt ferner nur dann ein, wenn die Höhe des Gelinertrags und seine Verwendung dem Rat der Stadt Riesa auf Grund geordneter Buchführung oder ordnungsmäßiger Belege nachgewiesen werden. Der Steuer unterliegen ferner nicht Veranlagungen, die ohne die Absicht auf Gewinnerzielung ausschließlich zum Zwecke der Kunstpflege oder der Volksbildung unternommen werden und von der Landesregierung als gemeinnützig ausdrücklich anerkannt sind. Die Steuer für jede Veranlagung gesondert zu berechnen und wird in drei Formen erhoben: 1. als Kartentaxe, 2. als Kaufsteuer (nach festen Steuerarten), 3. als Sondersteuer. Veranlagungen, die im Besitz der Stadt Riesa veranstaltet werden, sind beim Rat der Stadt Riesa anzumelden. Der Rat kann bei der Anmeldung die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerabfuhr verlangen; er kann die Veranstaltung unterlagen, solange die Sicherheit nicht geleistet ist. — An allen Tanzbelastungen, Kostümfesten, Maskenhäusern und mit Tanzverbundenen Veranlagungen, sowie zu allen Veranlagungen, bei denen die Teilnahme von der Zahlung eines Entgelts abhängig gemacht ist, müssen Eintrittskarten ausgegeben werden, sofern nicht in einzelnen Fällen Ausnahmen gestattet werden. Um Eingang zu den Räumen oder zur Rasse sind an geeigneter Stelle die Eintrittspreise und die Höhe der Steuer anzubringen. Die Steuer beträgt bei Ausgabe von Eintrittskarten in nur einer Preisklasse für jede Eintrittskarte 20 vom Hundert des Preises oder Entgelts. Bei Ausgabe von Eintrittskarten in zwei und mehreren Preisklassen beträgt die Steuer von 20 bis 35 v. H. des Preises. Die Steuer wird für die einzelne Karte auf volle 10 Mark nach oben abgerundet. Zu diesen Sätzen tritt für Kostümfest und Maskenhäuser je ein Bußgeld von 100000 M. für jede Tanzbelastung ein Bußgeld von 100000 M. Ist der Auftritt unentgeltlich, so wird der Bußgeld allein erhoben. Der Rat kann Ausnahmen von den Erfordernissen für den Inhalt der Karten gestatten und von der Abstempelung absieben. — § 73 bestimmt die Höhe der Steuer für gewerbsähnliche Gefangen- und Missionsvorträge in Gast- und Schankwirtschaften, im Umberziehen auf öffentlichen Wegen und Plätzen u. a. für den Betrieb eines Karussells und dergl. für Schaubuden u. a. sowie für das Halten eines Schau-, Spiel- und dergl. Apparates in Gast- und Schankwirtschaften. Der Nachtrag tritt am 12. Oktober 1923 in Kraft.

4. Das Kollegium erklärte sich mit der vom Rate beschlossenen Bewilligung eines Vorwurfs von 400000 M. an den Bauunfallversicherungsverband einverstanden.

5. Der 13. Nachtrag zum Ortsstatut der Stadt Riesa, das Verhältnis des Bündigungskreis für die städtischen Beamten betr., wurde genehmigt.

6. Der Rat hat beschlossen, den Wehraufwand bei der Reparatur der Jahnbrücke zu bewilligen. Das Kollegium trat dem Ratsschlusse bei.

7. In der öffentlichen Stadt-Sitzung vom 11. d. M. war bekanntlich beschlossen worden, Herrn Stadtvorsteher Schumann zur sachmännischen Nachprüfung der von der Stadt angelaufenen Holzverschaffung zu entsenden. Herr Stadtvorsteher Schumann berichtete, daß die Verschaffung und Prüfung durch ihn erfolgt sei und er danach die Bestellung der Säge zu den vom Rat mit dem Viehmarktfestgesetzten Lieferungsbedingungen vorgenommen habe. Das Kollegium nahm von den Ausführungen des Berichterstatters Kenntnis.

8. Herstellung und Verkauf von Rüdelen. Wie bereits aus der gestrigen Bekanntmachung des Rates zu erkennen war, ist es der Stadt gelungen, ein Quantum Rüdelen für die Einwohnerzahl herstellen zu lassen. Die Rüdelen werden zum Vorzugspreis von 300000 M. pro Pfund in den einschlägigen Geschäften abgegeben. Dadurch, daß das erforderliche Maß von einem kleinen Industriellen erheblich unter Tagespreis zur Verfügung gestellt wird und die Tageswarenfabrik die Rüdelen angemessen billig herstellt hat, dürfte durch den Verkauf trotz des niedrigen Preises die Stadt einen Gewinn erzielen, der zur weiteren Versorgung von Lebensmitteln für Bedürftige Verwendung finden soll. Die Aussprache war ebenfalls gleichermaßen umfangreich und teilweise sehr lebhaft. Herr Stadtvorsteher Schumann bestätigte das Verfahren, das städtischerseits bei Ablieferung der Rüdelen an die verkaufenden Stellen angewendet worden sei; es müsse in Zukunft etwas großzügiger gehandhabt werden. Herr Stadtvorsteher Johnne unterwarf die Amtstätigkeit des Herren Stadtrats Gutacker einer scharfen Kritik. Infolge persönlicher Angriffe wurde Stadtrat vom Stadtvorsteher zur Ordnung gerufen. Herr Stadtrat Gutacker vertheidigte sich gegen die Art des Entgegentretens seitens des Herren Stadtvorsteher Johnne. Er wies darauf hin, daß

vom Rat beschlossen worden sei, die Rüdelen nur auf Anmeldung an die in Frage kommenden Stellen zu verabreichen. Die Anmeldung sei vom Konsumverein nicht abgelehnt worden und es seien dadurch die Un- und Müllfragen nötig geworden. Im weiteren Verlaufe wandten sich einige Redner gegen Herrn Stadtvorsteher Gutacker insbesondere und im allgemeinen gegen den Rat und wider im beobachteten Verhalten Bürokratismus der behördlichen Geschäftsführung. Die unzeitgemäßen geleglichen Vorschlägen müssten revidiert werden.

9. Das Kollegium nahm Kenntnis von der Mitteilung, daß das seinerzeit für die hiesigen Schulen bestellte Papier von der Firma auf dem Vergleichsweg geliefert wurde. Der Mehrbetrag von 200 Millionen M. wurde bewilligt.

10. Angestimmt wurde den erhöhten Schulabf. für Schüler der Oberrealschule. Auch die Erhöhung der übrigen Schulen wurde genehmigt. Es wurde beschlossen, um Vorleseung eines Schülervereinsschreibens zu bitten, das die Namen des Schülers und Namens, Beruf und Wohnort des Vaters bzw. Erziehers enthält.

Verchiedenes. Herr Eisenbahner Tröger erfuhr, künftig dafür bestellt zu sein, daß die zur Einsicht ausliegenden Akten auch zu dem festgesetzten Zeitpunkts auszureichen sind. — Auf Anregung des Herrn Stadtvorsteher Johnne wurde beschlossen, den Rat um Einwilligung zu bitten, in den Wohnungsaufgabungsausschuß je einen Vertreter und einen Stellvertreter des Mieter- und des Hausbesitzervereins einzuleben. Die Vertreter sind von den beiden Organisationen zu wählen und sind im Ausschuss stimmberechtigt. Durch diese Maßnahme wollte man die ungerechten Vorwürfe gegen den Wohnungsaufgabungsausschuss eindämmen verhindern. — Herr Stadtvorsteher Klein wünscht, daß die vom Rittergut gesetzten, zum menschlichen Genuss bestimmten Kostümfesten nicht unangesehen abgehen werden möchten. Der Rittergutausschuss wird die Angelegenheit regeln. — Schließlich brachte Herr Stadtvorsteher Klein zur Sprache, daß in letzter Zeit in einer Klasse der Knabenschule ein Vertrag geschlossen wurde, das die Erinnerung an den früheren Militärrat wachzuhalten. Das Leben solcher Kinder sei schulisch unterfagt. Herr Vorsteher Günther vertrat, der Angelegenheit prüfend nachzugeben. — Hiermit erreichte die Sitzung gegen 19 Uhr ihre Ende.

\* \* \*

\* Modernes Theater. Die Direktion Arthur Lorke hatte mit der gestrigen Operettenaufführung „Der Bettstudent“ wieder einen Schlager erkennt. Rittergut erfuhr, daß der Bettstudent bestellt wurde. Der Bettstudent lag in den Händen des Herrn Trolls. Sein Auftritt wie das des Herrn Schreiber, der als Komplize den polnischen Studenten Janusz verlor, riefen zur Begeisterung hin. Der Vorsteher von Krakau batte in Herrn Baichter, dem Spielleiter, den gesuchten Vertreter gefunden. Er brachte das beobachtbare traditionelle Wesen des alten sächsischen Offiziers in polnischen Diensten sehr gut zum Ausdruck. Herr Klein kam in Doppelrollen, als Gefangenwärter Enrico und als Wurstkugel von Krakau, zur Geltung und wirkte in beiden Rollen dem Humor in entsprechender Weise Rechnung zu tragen. In den Damensonnen leisteten Paula Mühl als polnische Gräfin, Luisa Köhler und Ellen Rother als ihre Töchter Anerkennenswertes. Das neue Mitglied der Theatergesellschaft, Hel. Rother, machte bei ihrem ersten Auftritt als naives polnisches Edelschädel einen guten Eindruck. Auch in den Gelangleistungen fehlt sie ihren Kolleginnen nicht nach. Kostüme, Ausstattung der Bühne und Orchesterarbeit waren lobenswert. Der mitunter den dichtesten Säulen Saal durchbrechende Bettfuß gab den Beweis für Rücksichtsvoll mit der Aufführung.

\* Eine verworfliche Tat wurde von einem hiesigen Gewerblöschen ausgeführt. Dieser war als Gewerblöschenrat gemeldet. Als solcher hatte er einen Nachweis erhalten zum Aufkauf billiger Lebensmittel für Gewerblöschen. Bei Ausübung dieser Beschäftigung erhielt er von 2 Gewerblöschen in Paulyk je 1 Rentner-Roggan für die Gewerblöschen geschenkt. Der Roggan hat er aber nicht zur Verteilung gebracht, sondern an eine bißige Frau für den ganz geringen Preis von 4 Millionen Mark verkauft und das Geld leichtsinnigerweise verbraucht. Der Börsenpreis für Roggan betrug am Verkaufstage für 100 Kilogramm 110-132 Millionen Mark. Der ungetreue Gewerblöschenrat wurde von der bißigen Polizist festgenommen und dem bißigen Amtsgericht zugeliefert. Dagegen dürfte sich die Räuberin des billigen Roggans wegen Begünstigung zu verantworten haben.

\* Zur Unterstützung Gewerblöschen wurde dem Bezirk-Gewerblöschenrat die Summe von 2090000 M. übermittelt. Der Betrag wurde beim öffentlichen Volk im Hotel Stern gesammelt und zwar als Beitrag zweier Tanzlouren (M. 1087500), dem Herrn Gauwirt Otto die Spende von M. 1002500 hinzufügte.

\* Jäger 12, Ref. - Jäger 12, Inv. - Reg. 182 Das Ehrenamt für die Gefallenen dieser drei Tempelteile dessen Weise bestimmt am 30. September stattfindet, ist fertiggestellt. Dank der unermüdlichen Hilfe der Freiberger Kameraden, die ihre Freizeit, teils ihrem Urlaub opferen um selbst mit Hand anzulegen am Werk, das ihren treuen Toten geweiht ist, sind große Summen erspart worden. Nur so war es möglich, bei der sich überlegenden Geldentwertung den Bau überhaupt durchzuführen.

\* Landesslotterie. Bei der weiter fortgeführten Geldeintwertung sieht sich auch die Lotterieverwaltung gezwungen, von der 181. Lotterie an, deren erste Klasse im Oktober gezogen werden wird, die Lospreise sowie die Gewinne dem allgemeinen Geldstand anzuwenden.

**Arbeitsmarktsbericht für die Zeit vom 8.—15. September 1928.** Die Gesamtarbeitsmarktlage hat in dieser Berichtswoche die bereits vorausgesagte weitere Verschlechterung erlitten. Betriebsinschränkungen und Stilllegungen werden weiter vorgenommen und die Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbslosen steigt. In allen Berufskategorien immer höher. Hinzu kommt, daß neuerdings auch aus Handels- und Gewerbekreisen Berlinen, die bisher selbstauf waren, sich bei den Arbeitsbeschaffungen in verdecktem Maße als Arbeitssuchende melden. Tabel ist noch nirgends ein Zeichen, welches auf eine Entspannung der Verhältnisse schließen läßt, zu sehen.

**Der neue Amtshauptmann in Meissen.** Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Schmidt in Meissen ist durch Beschluss des Gesamtministeriums vom 14. September zum Amtshauptmann und Vorstand der Amtshauptmannschaft Meissen ernannt worden.

**Amerikanische Spende für geistige Arbeiter.** Zur Förderung der Not in den Kreisen der geistigen Arbeiter ist von der Sachsen-Thüringer-Hilfe der amerikanischen Lawrence Relief Association dem Landesverband der sächsischen Presse eine Spende von 1000 Dollars, das ist zur Zeit über 1 Milliarde Mark, überwiesen worden.

**Warnung vor einem Beträger.** Ein Unbekannter, der sich als ein Reisender Berthold Neumann ausgibt und für die Tabakhandlung von Behrens, Berlin 56, als Vertreter tätig sein will, sucht Zigaretten- und Tabakgeschäfte auf, legt verschiedene Tabakproben vor und bestimmt die Inhaber durch günstige äußerst billige Preisangebote, größere Bestellungen auf Tabate zu machen. Er verspricht bisher 20 Prozents der Kaufsumme als Anzahlung, verspricht sofortige Lieferung und erklärt sich einverstanden, daß der Rest der Kaufsumme nach Eingang der Ware durch Postsendung gezahlt werden könne. Durch seine sichere Art ist es ihm bisher in allen Fällen gelungen, hohe Anzahlungen zu erhalten. Ratschlag erfolgt keine Lieferung.

**Das Obst nicht zu frühern.** Die Obstreise verzögert sich in diesem Jahre. Durch zu frühes Entfernen, namentlich auch der Blätter, wird der Saftgehalt des Obstes sehr herabgesetzt. In 100 Liter Obstsaft sind 12—14 Kilogramm Zucker enthalten. Das Obstbaum ist ein guter Zuckerferner. Im unreifen Zustand enthält das Obst mehr Stärke, welche sich erst bei fortwährender Reife in Zucker umwandelt. Je reifer das Obst in der Küche verwendet wird, desto schöner ist der Geschmack am Zucker. Es ist daher die Rührung verachtet, besonders Blätter nicht im unreifen Zustand zu pflücken, sondern so reif wie möglich am Baum zu lassen. Auch Birnen, die gedreht oder eingeschlagen werden sollen, lasse man so reif wie möglich werden. In vielen Fällen geht die Umwandlung von Stärke in Zucker erst auf dem Lager vor sich und mußte gut ausgereiftes Obst vor der Verwendung in der Küche noch auf dem Lager nachreifen. Es ist dieses bei den außerordentlich geringen Zuckergehalten von außerordentlich großer Wichtigkeit.

**Obstbäume auf Wochenmärkten.** Mit dem Eintritt des Herbstes beginnt wieder die Zeit der Pflege der Bäume auf Wochenmärkten, da solche Bäume auf dem Transport vielfach an den Wurzeln leiden, wodurch ein Anwachsen verhindert wird, auch geht der Käfer nicht sicher, eine gut geeignete Sorte zu bekommen. Es kann daher nicht genau empfohlen werden, grundsätzlich nur in guten und leistungsfähigen Baumhäusern zu kaufen. Bis auf den Landesverband Sachsen für Obst- und Weinbau, Geschäftsstelle Dresden-N. Sidonienstraße 20 II., mitteilt, besteht bereits die Absicht, beim Reichsministerium dahlen zu wirken, den Verkauf von Obstbäumen auf Wochenmärkten zu verbieten.

**Obstbau.** Die diesjährige Haubertümung des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau findet am 30. September in Bautzen statt. Die Obst- und Gartenbauvereine im Bezirk der Amtshauptmannschaft Bautzen veranstalten im Anschluß daran eine Obst- und Gartenbauausstellung in der Exerzierhalle der König Albert-Kaserne in Bautzen, Löbauer Straße.

**Gründung einer Landesarbeiterkammer.** Nährend Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft schon länger amtlich anerkannte Berufsvertretungen haben, steht es noch an einer solchen für die Arbeiterschaft. Dilettantisch will ein Gelehrtenkongreß abheben, der jetzt vom Gesamtministerium verabschiedet und dem Landesamt zugegangen ist. Es wird für ganz Sachsen eine Landesarbeiterkammer gebildet, die sich in Großbetrieben, Feuerwehr, Feuerwehr, Industrie und Landwirtschaft verbindet. Als maßgebend für die fachliche Abgrenzung wird die Einteilung in die drei großen Wirtschaftsbereiche, Handel, Industrie, Bergbau, ferner Handwerk und Kleinbetrieb sowie Land- und Forstwirtschaft ausgehen. Zu diesen dreieinhalb Abteilungen tritt noch eine vierte Abteilung als Organ der Arbeiter hinzu, die außerhalb der drei genannten Wirtschaftsbereiche stehen. Die Landesarbeiterkammer selbst zählt 120 Mitglieder. Die Kostenregelung erfolgt in der Weise, daß die Mittel von den Arbeitern aufgebracht werden und daß der jährlich zu erhebende Beitrag des Arbeiters vom Arbeitgeber durch Berufsunfähigkeiten der Landesarbeiterkammer eingezogen wird. Wahlberechtigt zur Arbeiterschaft sind alle mindestens 18 Jahre alten Arbeiter, wählbar alle 24 Jahre ältere rechtsangehörige Wahlberechtigten, die nicht mehr in der Berufsausbildung stehen und mindestens drei Jahre als Arbeiter tätig waren.

**Hilfsklasse gemeinsamlicher Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands G. m. b. H.** Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen der größte Teil der deutschen Kranken- und Pflegeanstalten zu leiden hat, haben die großen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege veranlaßt, im Einvernehmen mit dem Reichsministerium die "Hilfsklasse gemeinsamlicher Wohlfahrtsseinrichtungen Deutschlands G. m. b. H." mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen. Der Zweck der Hilfsklasse ist, durch Kreditbeschaffung zu besonderen günstigen Bedingungen, und zwar sowohl im Wege kurzfristiger Darlehen als auch für längere Zeit bestimmter Hypotheken den Kranken- und Pflegeanstalten zu ermöglichen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, insbesondere für rechtzeitige Bezahlung von Lebensmitteln, Einrichtungsgegenständen, Kohlen usw. zu sorgen. Die Hilfsklasse ist eine Einrichtung der Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter. Seitens des Reichsministers der Finanzen ist der Hilfsklasse zurzeit ein Beitrag von einer Billion 554 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, aus dem den Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege zur Belastung von Delamaterial Darlehen unter bestimmten Bedingungen gewährt werden können. Über die Bedingungen, die für die Begebung von Darlehen maßgebend sind, erläuterte die Wohlfahrtskammer Auskunft.

**Was ist mit den kleinen Geldscheinen zu tun?** Die kleinen Papiergelehrte will kein Mensch mehr annehmen. Kein Wunder! Wer heute eine Million in kleinen Scheinen zu 100, 500 und 1000 Mark bekommt, braucht so viel Zeit zum Zählen, daß diese Zeit mit derzeitigen Summen kaum entschädigt wird. Und in Geschäften, wo man angekündigt stehen muß, würde jedes dahinterstehende einen Lohnschlüssel benötigen, müßte er solange zählen, wie mit Tausend- oder Fünfhundertmarksscheinen das Schmalz oder die Margarine usw. bezahlt wird. Es hat auch keinen Sinn, mit solchen Gelden sich die Taschen zu füllen oder andere Leute damit zu ärgern. Was aber damit anfangen? Das Beste ist, man nimmt diese Scheine in einer ruhigen Stunde, sortiert sie und ruft sie an jemand einer Freunde,

zurück. Vorerst, der diese kleine Not bringt, erweist der Allgemeinheit einen Dienst.

**Mission 8.8.8.** Der Sächsische Hauptmissionsverein feiert sein 104. Jubiläum in Bautzen ab. Obmobilität als Vertreter des Landeskonsistoriums Geb. Konziliarkonsulent Kempel bei. Es wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Herrn Prentzel, welcher im Geiste nach Indien, dem Lande ihrer seßhaften Wirksamkeit als Missionsschule führt. An einem späteren Vortrag sprach er über "Eine indische Missionsgeschichte". Die Gottesdienste im Petrusdom sprach Landeskonsulent Dr. Thomé über 1. Kor. 15, 58, und betonte "Die Mission des Herrn Werk". In der vom Landeskonsulenten Geb. Reg. Rat Prentzel v. Welt geleiteten Hauptversammlung sprach nach begrüßenden Worten von Pastor Prüm, Haebler-Bauern, Missionsdirektor Dr. Paul-Lipps über "Die Weltmission in der Morgenröthe eines neuen Tagewesens". Die Kollekte bei den einzelnen Versammlungen erzielte 225 Millionen M. für Zwecke der Mission. Der Montags-Vormittag war beratender Versammlungen gewidmet. Den Abschluß der reichhaltigen Missionstage bildeten zwei Lichtbildvorträge. Die Ausstellung von Bildern und Gegenständen aus der Mission erfreute sich regen Besuches.

**Von der Million zur Milliarde.** Nachdem am Sonnabend der 100-Millionen-Schein in den Verkehr gebracht worden ist, ist nunmehr die 500-Millionen-Scheinnote in Angriff genommen worden. Sie ist in kräftigstem Grün und Violet geschnitten. Das Wasserzeichen besteht aus einem Distelblüten in orangefarbener Färbung. Ein großer Teil dieses "Millionen-Scheines" ist bereits fertiggestellt und dürfte voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in den Verkehr gelangen.

**Nicht zuviel kalte Abreibungen bei Kindern.** Der Leitende Arzt des Kinderhospitals zu Münster, Professor Becker, warnt gegen das bei vielen Eltern beliebte Verfahren, die Kinder durch tägliche kalte Abreibungen "abzuhärten". Nach seinen langjährigen Erfahrungen wird der Zweck nicht erreicht, es tritt kein erhöhte Empfindlichkeit und Unfallgefahr für Schnupfen, Halsentzündungen, Bronchialkatarrhe, Dungenentzündungen. Auch Blutarmut und Herzschwäche, allgemeine Körpererschöpfung und Appetitlosigkeit fallen sich leicht ein. Kinder, die täglich kalte Abreibungen gewöhnt werden, machen sich oft durch besondere Launenhäufigkeit und Neigung zu Häberricht unangenehm bemerkbar. Man soll die logenname Abhärtung nicht übertrieben, warme Bäder sind stets viel befriedigender.

**Großenhain.** Das unschuldige Pantieren mit einer Pistole hätte beinahe ein Menschenleben gefordert. Montag abend gegen 8 Uhr überzeugten sich drei junge Männer in einem Nachbarorte von dem Mechanismus einer Pistole. Ob hierbei eine Ladehemmung oder ein sonstiges Hindernis im Mechanismus eingetreten war, wird sich nicht erklären lassen. Jedenfalls ist bei dem Verlust, die Pistole in Ordnung zu bringen, ein Schuß losgegangen, der dem einen jungen Mann direkt in die rechte Seite des Unterleibes getroffen ist. Der junge Mann wurde sofort mit ärztlichem Beistand nach dem Krankenhaus befördert, wobei sofort eine Operation vorgenommen wurde, die auch zunächst gut verlaufen ist. Leider geschieht es jedoch immer noch.

**Dresden.** Gestern morgen gegen 8 Uhr wurde der Werderkreis 27 vier Treppen zur Untermiete wohnende Eisenbahnerberater Dr. Jürgen in seinem Bett tot aufgefunden. Am Hals befinden sich strangulationsnarben, am Arme Verbunden. Der Mund war mit einem Teile des Bettuches verstopt. Anscheinend liegt Blaubbord vor, denn es fehlt die Brustfalte des Toten. Nach den Feststellungen der Nordkommission batte Jürgen, der in homosexuellen Kreisen verkehrte, nichts einen Mann in seine Wohnung mitgebracht, der morgens gegen 6 Uhr die Wirtin bat, ihm aufzuklopfen. Es handelt sich vermutlich um einen ebenfalls in homosexuellen Kreisen verkehrenden Ausländer, da im Zimmer des Getöteten die Brüder Zeitung "Narodni List" vom 16. d. M. vorgefunden wurde.

**Bischofsverda.** Mit Rücksicht auf die enorm gestiegenen Kosten für den Aufbau von Buden, die sich pro Siedlung auf 50—80 Millionen belaufen, und die sehr geringen Anmeldungen der Bürger, ist beschlossen worden, den diesjährigen Herbstjahrmarkt vom 23. bis 25. September ausfallen zu lassen.

**Spijkunnersdorf.** Der Fabrikdirektor Schöp aus Neugersdorf, der mit drei Hunden eine Automobilpartie unternommen hatte, fuhr, als er allein zurückkehrte, in der Nähe von Spijkunnersdorf an einen Baum an. Das Automobil fuhr in den Straßen Graben und überfuhr sich. Schöp wurde schwer verletzt aufgefunden.

**Hertigswalde.** Der Papierfabrikarbeiter Mehnert wurde wegen des Verdachts, sein drei Monate altes Kind umgebracht zu haben, verhaftet.

**Königstein.** Unter großer Anteilnahme der Einwohnerchaft feierte der Turnverein Königstein am Sonnabend und Sonntag sein 75-jähriges Bestehen. Am Sonnabend stand ein Kommissar statt, wobei dem Jubiläum zahlreiche Geschenke überreicht wurden. Am Sonntag früh folgte nach Beerdigung eines Seigers am Krieger-Denkmal, sowie am Gründfest des Vereins, Dr. med. Schwarze, und gleichzeitig wurde Wettkämpfe abgehalten. Mittags bewegte sich bei heiterem Wetter ein Festzug von 1000 Teilnehmern durch die festlich geschmückte Stadt, worauf auf dem Festplatz Schauturnen abgehalten wurde. An dem Feste beteiligten sich auch mehrere Nachbarvereine.

**Gottloba.** Ein großer Waldbrand entstand am Sonnabend nachmittag in den städtischen Waldungen am Augustusberg, der sich infolge der Trockenheit schon ausbreite und bis ins Hellendorfer Forstgebiet übergriff. Der an den Forstgebieten angetroffene Schaden ist sehr bedeutend; auch was zeitweise das Bergdorf auf dem Augustusberg gefährdet. Zahlreiche, telefonisch vermittelte Feuerwehren der weiteren Umgebung, aus dem ganzen Industriegebiet Niedersachsen bis nach Dresden-Döbeln herab, waren erschienen und hatten bis in die späten Abendstunden angestrengt Arbeit obzulegen, um ein Weitergreifen zu verhindern.

**Übersbach.** Ein Polizeibeamter hatte Kenntnis davon erlangt, daß von einem hiesigen Einwohner elektrische Bügelchen und ein Elektromotor nach der Tschechoslowakei verfaßt worden seien und heimlich über die Grenze gebracht werden sollten. Eine Haftbefehl bei dem Verdächtigen forderte die Schmugglerware im Wert von einigen Tausend Mark zu Tage.

**Blauen.** Die hiesigen Polizeibeamten haben eine Versammlung abgehalten, die sich mit der Einschätzung der sozialistischen Hundertschaften ohne vorherige Verständigung des Polizeiamtes und vor allem mit den durch einzelne Kreise der Hundertschaften vorgenommenen Übergriffen beschäftigte. Es wurde, wie die Blätter melden, eine an das Staatsministerium gerichtete Entschließung eingeschlossen, in der eine Zusammenarbeit mit einem Teile der Hundertschaften als nicht mehr möglich erklärt wird. Der städtische Polizeikommandeur soll zur Berichterstattung ins Ministerium berufen werden.

**Blauen.** Aus einem hiesigen Geschäft wurden von einem Arbeiter mit Hilfe eines Angestellten der Wach- und Schießgesellschaft Stosse im Wert von etwa 25 Tausend Mark gestohlen.

**Leipzig.** Die Große Leipziger Straßenbahn hat am

gesuchte. Eine Waffe ist völlig leer, andere Waffen werden nur teilweise oder mit wenigen Patronen beladen.

**Blauen.** In einer Erkerwohnung an der Oelziger Straße war dieser Zaun durch zwei Kinder, die mit Streichhölzern spielen, ein Brand ausgetragen. Dabei kam verdecktes Petrol zum größten Teil verbrannt. Nur dadurch, daß der Brand von Hausbewohnern rechtzeitig bemerkt wurde, ist verhindert worden, daß die ganze Wohnung ausbrannte. — Am Dienstag nachmittag in der 8. Stunde wurden in der Nähe der Schillerstraße von zwei unbekannten mehrere Schüsse gegen einen einfahrenden Schnellzug abgefeuert. Eins der Geschosse drang durch das Fenster des Waggonwagens. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

## Zugeschichte.

### Deutsches Reich.

**Schließung der Kölner Kaffeehäuser.** Der Verein der Kaffeehausbesitzer Kölns hat in seiner gesetzlichen Sitzung beschlossen, ab 1. Oktober alle Kölner Kaffeehäuser zu schließen, da die erhöhte Kaffeeabgabe die Aufrechterhaltung der Betriebe nicht mehr lohnend erscheinen läßt.

**Ein Ernährungsabstinent für Bayern.** Nach Blättermeldungen ist die Ernennung eines Ernährungsabstinenten für Bayern in Aussicht genommen. Ihm soll die Befreiung ertheilt werden, in eigener Zuständigkeit alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ernährungsbefähigung in Bayern so erträglich zu gestalten, wie es angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage überhaupt möglich ist. Als Diktator soll eine im Wirtschaftsleben erfahrene, weitbekannte Persönlichkeit in Aussicht genommen werden. Eine amtliche Bekanntmachung dieser Nachricht war bisher nicht zu erhalten.

**Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern nachmittag mit den innen- und außenpolitischen Dingen. Es bestand den Blättern auf, völlig Einnützigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden müsse, um schleunigst zu Verhandlungen zu kommen mit dem Bielefelder Befreiungsbund und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verbündnis. In Innen seien alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet seien, eine Verbesserung der Wirtschafts- und Wirtschaftsschwierigkeiten zu erzielen. Schließlich wurde die Sicherstellung der Ernährung verlangt. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen einer Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten.**

**Strafantrag gegen wuchernde Bäckermeister.** Die anhaltische Regierung hat gegen alle Bäckermeister, die gemäß einem Beschuß der Befreiungsbund am 12. September 9 Millionen Mark für ein markantes Brot nahmen, Strafantrag wegen Wuchers gestellt, weil nach den Ermittlungen der amtlichen Preisprüfungsfeststellungen 7 Millionen Mark hätten genommen werden können. — Die Landeskongregation der anhaltischen Sozialdemokratie, an der auch Biegelmayer a. D. Bauer und Reichstagsabgeordneter Bender-Magdeburg teilnehmen, führte mit 13 gegen 7 Stimmen eine Entscheidung, in der der Eintritt der Sozialdemokratie in die große Koalition gebührt wird. Eine starke Entschließung der Opposition gegen den Reichsminister und für Dr. Beigner wurde mit demselben Stimmabstinent abgelehnt.

**Voraussichtlich baldiges Ende des tschechischen Bergarbeiterstreiks.** Der Generalstreik der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei geht jetzt nach fünfwochentlicher Dauer seinem Ende zu und zwar im Wege eines Kompromisses, das vertraglich befehligt werden soll, im wesentlichen aber auf Heraufsetzung der Bergarbeiterlöhnung und in einer Heraufsetzung der Koblenzpreise besteht. Die letzteren Maßnahmen sollen unmittelbar den Bergbauern zugute kommen und die Regierung darf weiter Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß dadurch der Koblenzhandel verschwindet. Man erhofft dadurch eine Belebung des Exportes und eine Vermeidung der Arbeitslosigkeit.

### Tschechoslowakei.

**Die tschechoslowakischen Gemeindewahlen.** Bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahlen hat eine große Stimmengenüberschreitung Platz gefunden. Nach dem bestehenden Gemeindewahlgesetz sind diejenigen Personen, die ihre Wahlpflicht nicht genügt und unentschuldigt weggesehen, mit Geld- oder Freiheitsstrafen zu bestrafen. In Prag allein sollen über 50000 Personen wegen der verfüllten Wahlpflicht vor das Gericht gestellt werden.

### Amerika.

**Amerika plant eine neue Seebrückungskonferenz.** Nach einer Blättermeldung aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten Großbritannien, Frankreich und Japan den Vorschlag zur Einberufung einer neuen Seebrückungskonferenz unterbreitet. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, so heißt es in dem Bericht, eine Aussprache über das Problem des Stillen Ozeans und die Frage der Überführung der Untersee- und Luftfahrtlinie herbeizuführen. England verhält sich, wie amerikanische Angaben gegenwärtig ziemlich unentschlossen, was man auf die britischen Blätter, den Schiffbau in Singapore zurückführt. Auch Frankreich zeigt Zurückhaltung. Japan habe dem amerikanischen Vorschlag beigelegt.

### Dr. Stresemann über Japan.

**Nichts zu befürchten.** Reichskanzler Dr. Stresemann betonte in einer Unterredung mit einem japanischen Pressesprecher, daß Japan nach wie vor eine Großmacht sei und daß er und alle ernsthaften Freunde der Freiheit überzeugt seien, daß Japan in kürzer Zeit wieder aufgebaut sein wird. Er sei weiter überzeugt, daß die neue japanische Regierung die Situation gut meistere und daß ein so intelligentes, fleißiges Volk wie die Japaner, der Welt bald aufs Neue beweisen werden, welche ungeheure geistige, kulturelle und moralische Kräfte diesem Volke innerwohnen. Der Kanzler mißbilligte die völlig übertriebenen Berichte und Kommentare, welche einzelne deutsche Zeitungen der ausländischen Presse entnommen haben. Zum Schlus hat der Kanzler, daß japanische Volk möge vorsichtiger sein, daß seine besten Wünsche den Widerstand Japan's begleiten.

### Zur Beamtenbefolgsungsfrage.

**Bonn.** Von maßgebender Stelle geht der "Tel.-Union" folgende Notiz zu: Von Zeitungskorrespondenten sind in letzter Zeit über Beamtenbefolgsungsfragen wiederholte vielfach irreführende Nachrichten verbreitet worden, die geeignet sind, unbegründete Beunruhigung zu erzeugen. Unter anderem wurde behauptet, daß die Reichsregierung die monatliche Regelung der Beamtenbezüge durch eine zwischenzeitliche ersehen wolle. Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Die monatliche Befolzung der Beamtenbezüge bleibt weiter erhalten, nur die im Laufe des Monats wegen der steigenden Tenuenz notwendigen Befolzungen der Beamtenbezüge sollen in Zukunft je einwöchentlich geregt werden. Diese Befolzungen sind zur Notwendigkeit, um den für diese Befolzungen laufenden Bedarf an Befolzungsmitteln jeweils möglichst niedrig zu halten und einer übermäßigen Stoßwelle Inflation zu steuern. Um überlegen wird durch die Einführung des neuen Befolzungsmittels die Möglichkeit geschaffen werden, den Beamten die Bezüge wertbeständig zur Auszahlung zu bringen, sodaß die Notwendigkeit der Nachzahlungen dann überhaupt fortfallen wird. Und die weitere Nachricht, daß bei den Verhandlungen mit den Sozialkommunalbeamten am 15. September nach dem Wahlsieg

regierung für die erste Hälfte zunächst eine Nachzahlung von 111 Millionen Mark, später eine solche von 194 Millionen Mark angeboten worden ist, ist ebenfalls unrichtig. Die Reichsregierung hat vielmehr eine Nachzahlung für die erste Hälfte des September von vornherein abgelehnt. Dies mit den Spartenorganisationen vereinbarte Abding am Mittwoch, den 19. September, gilt vielmehr für das dritte Quartal des September.

## Vermischtes.

**Um Segelboot über den Atlantik.** Der französische Sportmann Alain Gerbault ist nach einer Überfahrt von 142 Tagen in Newport angelangt. Er hat seine Wette gewonnen und ganz allein die Meile von Europa nach Amerika durchgeschwommen. Gerbault hat mehrere heftige Stürme erlebt, die einen Teil seiner Segel verloren haben, und auch die kleine Röhre der zehn Meter langen Dacht stark beschädigt haben. Er verlor aber nicht den Mut, obwohl er 28 harte Tage durchzumachen hatte. Zweimal trat Gerbault große Spannungen, die ihm neu verprovozierten. Die schwerste Zeit brach für Gerbault an, als ihm das Trinkwasser ausging. Um Anfang seiner abenteuerlichen Fahrt hatte er Wasserlang getrieben und Romane gelesen. Als die Meile zu Ende ging, war er beinahe ohne Bewegung und ließ sich von dem Wind treiben. Jetzt ist Gerbault von seiner Meile entzückt und hat den Rekordstatern erzählt, er werde eine neue Fahrt auf und wieder allein auf die Meile geben; diesmal auf eine Fahrt um die Welt, die drei Jahre dauern soll. Gerbault ist bisher nur als Tennisspieler bekannt geworden, wird heute aber in allen französischen Zeitungen wegen seines Wutes und seiner Energie gefeiert.

**Vielle Wohnhäuser eingeschert.** Aus Donaueschingen wird gemeldet: Im benachbarten Holzgerlingen brach heute im Sägewerk des Strobelwerks Feuer aus, das sich bei dem herrschenden Sturm mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Viele Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude wurden eingeschert. Zwei Kinder werden vermisst.

**Wie die Kohle entdeckt wurde — ein Ruhmssage.** Wie man in der Ruhrgegend erzählt den Brennwert der Kohle erkannte, darüber gibt es alte Sagen, von denen eine im „Altenischen Beobachter“ mitgeteilt wird: Ein Hirtenknabe entdeckte eins an einer Stelle, wo eines seiner Schweine unter einem Baum ein Loch gewühlt hatte, ein Holzsäger. Als er am nächsten Morgen zurückkam, fand er das Feuer auf der Weide noch in voller Blüte, und zwar nicht infolge des vorhandenen Holzes, sondern der dabei fast bis befindenden schwarzen Steine, die zu brennen angefangen hatten. Der Hirtenknabe erzählte dies Freunde als ein Wunder seinem Vater. Dieser untersuchte die Soche und soll bald nachher die Schriftzeile „Op der Nutte“ — gleich Mutterschwein — angelegt haben.

**Ein gutes Tabakjahr.** Die Tabakkerne wird in diesem Jahre als besonders gut und reich geschildert. Vor allem ist der diesjährige Tabak in Virginien von hervorragender Qualität und die Ernte eine der größten, die man je gesammelt hat; sie ist um fast 30 Millionen Pfund größer als im vergangenen Jahr. Die englische Tabakgesellschaft, die 70 Prozent der englischen Tabakbevölkerung besitzt, dampft aller Hoffnungen der Raucher, indem sie mitteilt, daß wegen der hohen Höhe keine Verbüßung eintreten würde.

**Der Dollar-Millionär als Zeitungs-Junge.** Eine erstaunliche Geschichte von den Abenteuern eines reichen Amerikaners in Europa wird im „Mohn“ aus Havre berichtet. Dort tauchte ein Mann namens Paul Botté auf, der ganz mittellos war und erzählte, er sei in Amerika sehr reich, könne aber von seinem Geld in den Vereinigten Staaten nichts bekommen. Sein Vater sei Offizier in der österreichischen Armee gewesen und habe eine Italienerin geheiratet; er selbst sei in Italien geboren. Infolge einer Blutkrise seien sein Vater und seine Schwester ermordet worden, er selbst, der allein von der Familie zurückgeblieben war, sei erst Kellner in Monte Carlo gewesen, dann nach New Orleans ausgewandert, sei amerikanischer Bürger und habe sich ein recht hoffnungsloses Vermögen durch Landspeditionen erworben. 1921 unternahm er eine Reise nach Europa, hielt sich erst in Paris und dann in Berlin auf und kam schließlich nach Italien, wo ihm die Behörden 7000 Dollar in Gold abnahmen, die er damals bei sich hatte. So sei er ohne einen Penny nach Havre gekommen, hoffe aber, daß das Geld, nach dem er geschrieben habe, bald eintreffen werde. Da er monatelang ohne Nachricht blieb, erinnerte er sich durch den Verkauf von Zeitungen, bis er schließlich 500 Dollar durch das amerikanische Konsulat bekam. Jetzt sind endlich weitere 150.000 Dollar eingetroffen; der Zeitungskäufer hat sich wieder in einen eleganten Gentleman verwandelt, der auf einem Luxusdampfer erster Klasse nach New York zurückfährt.

## Kunst und Wissenschaft.

**Jubiläum der Dresdner Staatskapelle.** Das 875-jährige Jubiläum der Dresdner Staatskapelle nahm am Sonnabend, den 15. September, seinen Anfang mit einem Kammerkonzert, dessen überaus starker Beifall bewies, daß die musikliebenden Kreise Dresdens den lebhaftesten Anteil an der Bedeutung dieses ruhmvollen Orchesters nehmen, welches nicht nur den Grundstein des ganzen musikalischen Lebens bildet, sondern auch gleichsam die Mutter der

### Nud doch!

Roman von Anna Wothe.

86. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Copyright by Anna Wothe, Leipzig.

Das Kind trotzt eisern davon. Glücklich schallt seine Stimme in den Park: „Frau Dorothe, Rena soll Schokolade haben, recht viel.“

„Lächeln sehen wir uns in die Augen wie ein paar gute Freunde, und beide erröten wir, wie ein paar bei dummen Streichen erstickte Schulbuben.“

„Du willst ins Haus, Jolande?“ sagt Hasso fragend.

„Nein, ich möchte noch einen Spaziergang machen,“ entgegnete ich. „Ich muß endlich meine Kräfte üben.“

Er reicht mir schweigend seinen Arm, und ich nehme ihn — momentan ist es mit sogar, als schwante ich und als sei ich einer Stütze sehr bedürftig.

Langsam schleiten wir dahin. Die Sonne steht schon tief in rosentönter Glut am Himmel und wirkt leuchtende Schlieren über Bucht und Baum.

Unter raucht und schwimmt der Rhein — wir beide lauschen dem alten, lang vertrauten Manne — ich fühle es. Ob er auch die Lieder der Kindheit herausflingen hört aus den Rheinstellen, die ihn so wie mich auch einst in den Schlaf geführt?

„Wir ist, als würde es dunkel vor meinen Augen — schwer fühle ich mich auf Hassos Arm.“

„Ist dir nicht wohl, Jolande?“ höre ich seine besorgte Frage.

„Doch,“ gab ich zurück — „ich möchte nur einen Augenblick anstreichen — ich scheine meine Kräfte doch übermäßig zu haben.“

Hassos Auge schweift suchend umher. „Dort hinter der Taxushecke,“ sagt er endlich aufatmend, „steht ein abgebrochener Baumstamm. Kannst du die paar Schritte gehen, oder soll ich dich tragen?“

## Heutiger Döllarkurs (amtlich): 15245000 M. Gernsprechmeldung, ohne Gewähr.

Dresdner Oper ist. Denn seitdem Kurfürst Moritz durch seine „Kantoreiordnung“ den Instrumentalkörper ins Leben rief und ihn mit einem Sängerkor verband, hat sich die „musikalische Kapelle“ unter steirer Verhältnis ihres anfangs ausschließlich Kirchenbliebes immer mehr selbständig entwickelt, vor allem in Gemeinschaft mit der Oper, mit der sie zu einer höheren Einheit verschmolz. Die Namen Johann Walther, Heinrich Schütz, Adolf Hasse, Carl Maria von Weber, Richard Wagner und Ernst von Schuch bezeichnen am besten den Weg, den die Kapelle durch fast vier Jahrhunderte genommen hat, immer nach dem Höchsten in ihrer Kunst strebend und die besten Künstler an sich ziehend, die ihrerseits wieder als Virtuosen und Lehrer erstaunlich auf weiteste Kreise wirkten. Neuerdings hat sie sich mit der Energie, welche aus dem Gewusshaus hoher Pflichten entsteigt, in Fritz Busch einen neuen, genialen Führer erklungen und bereitet die Gründung einer eigenen Orchesterakademie vor, um dem drohenden Mangel an funktionierendem Nachwuchs, besonders in den Bildern, durch die sie von altersther berühmt ist, vorzubeugen. Gegründet und getragen von der Kunst des Landesfürsten, führt die musikalische Kapelle die Verpflichtung, auch unter der neuen Staatsform ihre hohe Kulturausgabe zu erfüllen, und ganz Dresden blickt mit Stolz auf diese erlebten Künstlerkunst, in der sich eine große Vergangenheit mit der Gegenwart verbindet. Das Kammerkonzert, das den Auftakt der Jubiläumsveranstaltungen bildete, hatte sinnigerweise zum Schauspiel den herrlichen Konzertsaal des ehemaligen Residenzschlosses und begann mit dem Konzert für vier Violinen und Orchester von Waldbauer, das von den Konzertmeistern Bärtsch, Schiering, Strub und Barwas unter Leitung des Generalmusikdirektors Busch meisterhaft gespielt wurde. Danach sang Busch gemeinsam mit Hermann Drews, einem bisher noch nicht heroregetretenen Pianisten, die Beethoven-Variationen für zwei Klaviere glänzend vor und den Schluss bildete die tödliche Serenade für kleinen Orchester von Hellmuth Prell, dem vor etwa 10 Jahren beim gegangenen großen Dresden Tonzeiger. Dieses Werk, in dem die reiche Erfahrung mit reifster Meisterschaft und liebenswürdigster Ausmut sich vereint, erregte großes Interesse und seine Aufführung an diesem denkwürdigen Abend dürfte vielleicht den Beginn der rechten Würdigung des Schauspiels bilden. Am folgenden Sonntag brachte die Staatskapelle unter Leitung des Kapellmeisters Semper in der Katholischen Hofkirche dem Andenken ihres einstigen Führers Adolf Hasse ein Opfer durch die Aufführung von dessen noch heute erstaunlich frisch wirkender Messe D-Moll, an die sich Stücke von Raumann und Scarlatti anschlossen. Andachtvoll lauschte eine tausendköpfige Menge und man darf hoffen, daß den Befreiungen, die Kirchenmusik dauernd zu erhalten, viele neue Förderer geworden sind.

**Ein fünfjähriges Sprachgenie.** Den Rekord der Sprachkenntnis unter allen Kindern ihres Alters dürfte nach den Berichten englischer Blätter ein kleines Mädchen halten, das jetzt mit ihren Eltern aus China zurückgekehrt ist. Es ist die fünfjährige Tochter eines englischen Beamten bei der chinesischen Post, Marie Louise Cammiade, die fließend englisch, französisch, russisch und chinesisch spricht. Im Chinesischen beherrscht sie nicht nur die Gelehrtensprache, sondern auch mehrere Dialekte. Die Kleine eignet sich die Sprachen, die um sie herum gesprochen werden, mit erstaunlicher Schnelligkeit und Sicherheit an. Englisch lernte sie von ihrem Vater, Französisch von ihrer Mutter, Russisch von Bekannten, die in Tientsin, wo ihr Vater stationiert war und viele russische Flüchtlinge sind, im Hause verkehrten. Chinesisch, sowohl in der offiziellen Form wie in den verschiedenen Dialekten, brachten ihr die Dienstboten bei.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. September 1928.

Die Beamtenvertreter beim Reichskanzler.

**\* Berlin.** Gestern wurden die Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes nach der Reichskanzlei zu einer Besprechung geladen. Der Kanzler betonte in seiner Erklärung, wie mühten zu einer wirtschaftlichen Wehrpflicht aller Stände gelangen, auch des Beamtenverbands. Die Rechte der Beamten seien keineswegs angegriffen worden. Dr. Oskar Ritter verfehlte, daß demnächst eine neue Besprechung beim Reichskanzler stattfinden werde, in der über den Abbau der Verwaltung und über die Besoldung gesprochen werden soll.

**Hörberungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

**\* Berlin.** Der „Vorwärts“ berichtet: Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern in seiner Sitzung mit der außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand Einigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden müsse, um von deutscher Seite schließlich zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziel: mit Verfestigung des Autonomiegebietes und der Wiederaufstellung vertragsgemäßer Zustände. In Bezug auf die innenpolitische Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst, der durch den Währungskrisis, durch die Preissteigerungen, durch die Erwerbslosigkeit, und durch Mangel an Nahrungsmitteln geschaffen

wurde, betont. Neben den von der Regierung bereits angekündigten währungs- und finanzpolitischen Schritten wurden gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren, auch an Kohle. Ferner wurde verlangt, daß bei Betriebsstilllegungen die Mitglieder des Betriebsrates schwärmend zu prüfen haben, ob sich die Stilllegung unbedingt notwendig macht. Bei unrichtiger Betriebsstilllegung sollen alle dem Unternehmen gehörigen Rohstoffe und Devisen entzogen werden. Außerdem wurde Sicherstellung der Ernährung gefordert.

**Ein Weißbuch über die deutschen Reparationsvorstellungen.**

**\* Berlin.** Die Reichsregierung hat dem Reichstag ein Weißbuch über sämtliche deutschen Angebote und Vorstellungen zur Löschung der Reparations- und Wiederaufbaufragen, die seit dem Waffenstillstand ausgegeben worden sind und den Alliierten übermittelt wurden, vorgelegt. Das Weißbuch ist in deutscher, französischer und englischer Sprache abgedruckt.

**Baldwin in Paris eingetroffen.**

**\* Paris.** Der englische Premierminister Baldwin ist gestern abend hier eingetroffen und auf dem Bahnhof im Namen der französischen Regierung vom Chef des Protokolls begrüßt worden.

**Minister Le Trocquer im Ruhegebiet.**

**\* Paris.** Havas berichtet aus Düsseldorf über die Reise des Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer, er habe in Begleitung des Generals Degoutte und einiger Beamten der Interalliierten Technischen Mission seine Inspektion mit einer Besichtigung der Gräbe Victor begonnen. Gestern vormittag habe der Minister einige Dolomiten und Braunkohlenbrüder besichtigt. Nach den Morgenblättern wird er heute abend nach Paris zurückreisen.

**Ein Erdbeben auf Malta und Sizilien.**

**\* London.** Wie aus Malta gemeldet wird, wurde die Insel gestern früh um 7.30 von einem schweren Erdbeben bebt, das ungefähr 12 Sekunden andauerte. Die Gebäude wurden in ihren Grundfesten erschüttert, jedoch großer Schaden hat der Erdbeben nicht angerichtet. Die erschreckte Bevölkerung ille sofort aus den Häusern und Kirchen, in welch letzteren gerade Gottesdienst abgehalten wurde. Auch in Sizilien wurde ein derartiger Erdbeben bemerkt.

**Buchdruckerkrieg in New York.**

**\* New York.** Die Zeitungsverleger erklären den Druckerkrieg für ungerecht und lehnen Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden ab, sind aber bereit, mit den offiziellen Vertretern der nordamerikanischen Buchdruckervereinigung zu verhandeln.

## An der Paffstelle.

Kein freier Bewohner des besetzten Gebietes darf aus diesem austreten, wenn er nicht einen französischen Stempel auf seinem Ausweis hat. Willkürlich ist von den Franzosen die „Grenze“ gezogen, ohne Rücksicht auf zusammenhängende Wirtschaftsgebiete. Auf erfundenen Attentätern leiten die Franzosen das Flechtwerk der Verhältnisse an und sie zu verlängern, wobei man auf die Bevölkerung natürlich nicht die geringste Rücksicht nimmt, vielmehr richtet man es ein, daß die Sperrern, die überraschend kommen und Rehntausenden unnötige Reisevorbereitungen und erhebliche Unruhen sich gemacht haben. Nur in „Dringlichkeitsfällen“ erhält man die Einzelserlaubnis. Für dringlich gelten Todessfälle. Ob ein Gatte zur französischen Gattin, ein Bruder zum sterbenden Bruder, ein Kind zu den dahinliegenden Eltern will, das lädt die Franzosen ungerührt. Mir sagt Herr. Von Hohen, wo Telegramme mit Todessnachrichten vorliegen, nur, wer sich an Mittelpersonen wendet, viel Geld opfert und sich so seinem Hass erschleicht von im Hunde mit den Franzosen stehenden Geschäftsinhabern.

Das Bild, das die Massenlungen vor den Befreiern liefern, ist ein die Menschenwürde tief verleidendes. Schon abends stellen sich Deutsche hinter dem Stacheldrahtzaun an, deren Überreste von Soldaten abgeworfen wurden. Die Nacht über horren sie bei Wind und Wetter bis morgens 9 oder 10 Uhr, wann die Stempelung beginnt, und viele, viele stehen dann bis abends und haben doch keinen Stempel erhalten. Sie kommen zweimal, dreimal, ihr Glück zu versuchen, und oft auch dann noch vergebens. Da stehen Frauen, dem Zusammenbrechen nahe, ältere Männer, halbe Kinder, geduldig Stunde um Stunde. Grinsend schauen die Polizei aus den Fenstern heraus auf die Menschenmenschen, die überall umherlaufen und regellos gewordene Kolonne mit dem Majorat wieder in Reih und Glied. Blödig heißt es: „Nix mehr“ und lachend gehen die Offiziere davon, den Menschenmengen aber bemüht sich eine verzweifelte Stimmung. Nur wenige bewahren ihren Humor. Wie hier mit den Menschen Schindluder gespielt wird, daß spottet aller Beschreibung. Im unbefreiten Gebiet hat man keine Ahnung von den seelischen Motiven, denen die Bevölkerung im besetzten Gebiet ausgesetzt ist.

trotzdem es nicht der gewöhnliche Weg ist, den ich sonst von der Stadt auf die Hassenburg nehme?“

„Heute lacht auch Urno, ein leises, melodisches, unendlich einschmeichelndes Lachen.“

„Ja,“ gibt er gemächlich zurück, „ich leide zuvielen an Ängsten. Ich wußte, Della, denken Sie mal, daß Sie heute, gerade heute diesen Weg zur Hassenburg nehmen würden — erstmals, weil Sie ihn früher oft mit mir gewandert sind, zweitens, weil Sie wissen, daß es heute mein letzter Tag auf der Hassenburg ist.“

„Sie wollen fort?“ flingt es wie Bestürzung aus Dellas Frage.

„Ja,“ gibt er langsam zurück — „nach Afrika, morgen schon — bitte nicht davonlaufen — wir wollen doch erst mal die Todes hier in aller Ruhe befreien.“

„Bitte, lassen Sie mich,“ höre ich Delias Stimme — „ich muß mich wirklich breißen, Jolande erwartet mich und es wird bald dunkel.“

„Ich werde Sie schon beschützen.“

Was ist nur in Urno geschehen? Er, der sonst so feindselig Mann, schlägt einen Ton an, den weiß ich, noch Della an ihm kennt.

Gedämpft blickt Urno auf Hasso auf. „Ist Urno etwa betrunken?“

„Er braucht seine Kraft,“ flüstert Hassos Stimme direkt an mein Ohr — „sieht du, Kind, so wird gemacht.“

„Es ist nur nicht jedermann's Sache.“

„Ich will keinem auffahren.“

„Ich bitte, schwiege.“ Hassos Blick hält mich wie in einem Bann.

„Wollen Sie nicht gefällig einen anderen Ton gegen mich anschlagen?“ höre ich Delias vor Erregung zitternde Stimme. Es ist, als ob Della mit den Tränen kämpft. Was ist das nur? So kenne ich meine harte, stolze Schwester gar nicht.

**Sozialisation folgt.**

## Offizielle Sitzung des Bezirksausschusses.

Am Sonnabend, den 15. September 1923, vormittags 9 Uhr fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain Sitzung des Bezirksausschusses statt. Kenntnis genommen wurde von den Begegnungsunterstellungen aus der Jagdsteuer.

Einführung einer Beitragssteuer betr. wurde folgender Beschluss gefasst: Den Nachtrag in der aus der Verordnung vom 11. 9. 1923 erläuterten Fassung anzunehmen und befürwortend der Amtshauptmannschaft vorzulegen.

**Schäferlaubsteuerordnung** betr.: Der von der Amtshauptmannschaft vorgelegte Entwurf soll mit den angebrachten Änderungen der Bezirksversammlung zur Annahme empfohlen werden. Änderungen sind: zu a) der Preis für 1-10 Pfund Roggen, zu b) der Preis für ½-8 Pf. Roggen, zu c) der Preis für 1-10 Pf. Roggen, zu d) der Preis für ½-5 Pf. Roggen. Der Abfall 2 des § 2 fällt weg. Dem § 5 wird folgender Satz angefügt: „Als Zahlungswert gilt die Höchstnotierung an der Dresdner Börse zwei Tage vor der Zahlung.“

Nachtrag zur Jagdsteuerordnung für den Bezirk betr.: § 3 soll folgende Fassung erhalten: Die Steuer beträgt jährlich 2 Pfund Roggen für den Acker Jagdgelände. Außerhalb des Bezirks wohnende Jäger haben den doppelten Satz zu zahlen. Ermäßigung der Steuer kann durch die Amtshauptmannschaft nach entsprechender Begründung dem Jäger gewährt werden. Der Berechnung der Steuer ist die Notierung an der Dresdner Börse am Fälligkeitstage zu Grunde zu legen.

Anpassung des Bezirkshaushaltplanes an die Geldentwertung betr.: Die Amtshauptmannschaft wird ermächtigt: a) die im Haushaltplan für gewöhnliche und wohltätige Zwecke eingesetzten und noch nicht ausgezahlten Mittel der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen und b) die sonstigen Überdeckungen durch entsprechende Erhöhung der Bezirksumlage zu decken. c) Diese Ermächtigung wird auch bezüglich des Haushaltplanes für den Wohlfahrtspflegebedarf erteilt.

Auf das Gesuch Siegert-Senftleb, Ausdruck von selbstgebautem Wein, Kaffee und Sellerwasser — Übergabe — sowie selbstgefertigtem Wein — neu — im Grundstück Nr. 58 für Senftleb wurde beschlossen, die Übergabe zu genehmigen. Der Genehmigung ist inzwischen hinzugekommen, daß die Trauben, die Siegert außer in seinem Weinberg geerntet hat, will, in Senftleb, Dößbar und Lößnitz gewachsen sein müssen.

Der dem Bezirkshaushalt vorgeschlagene 1. Nachtrag zur Jagdsteuerordnung, der eine Erhöhung der Steuerlage auf das Dreifache vorsieht, soll der Bezirksversammlung empfohlen werden.

Neuer das Ortsbezirk über die Vereinigung der Landgemeinden Gröba und Weida mit der Stadt Riesa wurde folgender Beschluss gefasst: Abfall 1 der dem Bezirkshaushalt in Vorschlag gebrachten Entschließung wird mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Abfall 2 der Entschließung wird einstimmig angenommen. Abfall 3 der Entschließung erledigt sich. Herr Bürgermeister Dr. Scheider enthielt sich der Abstimmung.

18. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Gemeinde Gröba, Grundsteuer betr., wurde genehmigt und die Amtshauptmannschaft ermächtigt, entsprechende, in Zukunft eingehende Nachträge fürgleichzeitig zu genehmigen; ebenso wurde der 19. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Gemeinde Gröba, Wegfall der Wertzuwachssteuer und Erhöhung des Anschlages zur Grundwerbesteuer betr., genehmigt und die Amtshauptmannschaft ermächtigt, entsprechende, in Zukunft eingehende Nachträge fürgleichzeitig zu genehmigen. Der Vertrag des Altmittelauflaufs von Baroß-Mergendorf wurde zugestimmt.

Ein nächstenslicher Sitzung wurde über 5 Punkte Beschluss gefasst, von der Tagesordnung abgesetzt 2 Punkte:

### Die Devisenmallerverordnung.

Von mahnender Seite wird mitgeteilt: Die Veröffentlichung der Devisenmallerverordnung, auf die in der Presse bereits hingewiesen worden ist, steht unmittelbar bevor.

Nach der Devisenmallerverordnung ist die Vermittlung von Geldsäcken über ausländische Zahlungsmittel außer Deutschenbanken und vereidigten Kurssäcken nur noch auf Grund der Verordnung angelangten Devisenmaller gestattet. Die Devisenmaller dürfen solche Geschäfte nur zwischen Devisenbanken vermitteln und sollen nur im Ortsbereich tatsächlich anerkannter Handelsbörsen angelassen werden. Die Oberste Landesbehörde bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Höchstzahl der Devisenmaller jedes Börsenplatzes.

Das Verfahren ist ähnlich geregelt wie das Verfahren auf Erteilung oder Zurücknahme des Erlaubnisses zum Betrieb einer Wechseltube in der Verordnung vom 8. September 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 282). Doch bedürfen auch Angeleitete, die nicht Stellvertreter sind, der Erlaubnis, wenn sie mit der Vornahme der Vermittlung von Geschäften aus ausländischen Zahlungsmitteln beauftragt

werden sollen. Außerdem ist ein Ordnungsstrafrecht des Kommissars für Devisenverfassung vorgesehen.

Für die Übergangszeit ist eine Regelung dahin getroffen, daß die Devisenmaller an Börsenplätzen die Vermittlung zur Erledigung ihres Antrages auf Rückung fortsetzen können, wenn ihr Antrag bis zum 30. September beim Börsenamt eingegangen ist. Gleichzeitig werden Eränderungen der seitherigen Devisengesetzgebung bekannt gegeben.

In einer weiteren Ausführungsbestimmung zur Verordnung betr. das Verbotsrecht des Marktverkaufs ins Ausland vom 9. August 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 765) werden die im Saargebiet anfalligen Verlösern den im Ausland ansässigen Inländern und Ausländern gleichgestellt.

In einer Bekanntmachung bet. Umwandlung von Devisen und Sorten wird das Verbotsrecht der Umwandlung von ausländischen Devisen in ausländische Geldsorten und der Ausschaltung von ausländischen Währungssorten in Geldsorten (Nummer 2 der Ausführungsbestimmungen zur Volatipenselbstauskunftsverordnung vom 24. August 1923, Reichsgesetzblatt I Seite 835) für ausländische Vertretungen und Dienststellen, denen der Reichswirtschaftsminister die Genehmigung zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel erteilt hat, bestätigt. Ferner dürfen ausländische Zahlungsmittel, die auf weniger als 100 Mark Gold lauten oder wenn der Zahlungsmann ein Ausländer ist, in ausländischen Geldsorten ausgezahlt werden.

### Die Streisunruhen im oberbädischen Industriebezirk.

Die Streislage im oberbädischen Industriebezirk vor allem in Lörrach hat sich in der Nacht und am Dienstag vormittag wesentlich verstärkt, sodass die bädische Regierung sich genötigt sah, über die Amtshauptmannschaften und zu verschärfen. In der Nacht zum Dienstag wurde die Sicherheitspolizei von den Demonstranten regelrecht angegriffen. Die Demonstranten gingen gegen die Straße mit Handgranaten vor und schossen aus Karabinern und Revolvern. Die Polizei nahm etwa 200 Verhaftungen vor. Weiter haben die Demonstranten verschiedene Verbrechen begangen, darunter den Fabrikanten der deutsch-nationalen Freiheitlichen Partei und zwei Fabrikanten als Geiseln weggeschafft. Als am Dienstag vormittag die Angriffe auf die Polizei in verstärktem Maße zunahmen, händerte diese mit der blanken Waffe die Straßen, während die Demonstranten aus den Fenstern auf die Polizei schossen.

Unter dem Druck der Strafe haben die Fabrikanten in erneuten Verhandlungen zugesagt, die Wirtschaftsbefreiung von 50 Schweizer Franken zu zahlen und zwar die Hälfte sofort und die andere Hälfte in Naturaalien. Die Schweiz hat die Grenzschranken verstärkt. Der Grenzverkehr ist sehr gering.

Zu den Demonstrationen und Unruhen in Oberbaden wird amtlich mitgeteilt: In Lörrach fand es in der Nacht zum 18. September mehrfach zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Dabei fielen beiderseits Schüsse. Im Laufe der Nacht konnte die Polizei zu einer Reihe von Verhaftungen schreiten. Auch gelang es, Demonstranten Waffen und Munition abzunehmen. Nachdem gestern früh eingetroffene Polizei eingetroffen war, fanden vormittags erneute Angriffe der Demonstranten auf die Polizei statt. Verschiedentlich auf die Polizei abgefeuerte Schüsse wurden von dieser nicht erwidert. In Südtirolen fanden gestern abend im Bezirksamt Löhndorf Handkämpfen statt, die sehr stark unter dem Teufel der Straße standen. Die vor dem Bezirksamt gesammelte Menge drängte vorübergehend in das Amtsgebäude ein. Nachts wurden auswärtige Polizeikräfte eingezogen, die die Ordnung wiederherstellten. Im Hinblick auf die Vorgänge in den Oberbädischen Amtbezirken verhängte das Staatsministerium durch Verordnung vom heutigen Tage über die Amtshauptmannschaften der Kreise berjentigen weniger elektrischen Firmen den Ausnahmegesetz.

### Gleisbau- und Poststillegung in Lörrach.

Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt worden. Von der Schweizer Grenze werden keine Güterzüge mehr auf bädischer Gebiete angenommen, die sich am Teil der Eisenbahnbarriereschaft mit den Streitenden solidarisch erklärt hat. Auch der Postverkehr ist in Lörrach eingestellt worden. Lediglich der Telegraphen- und Fernsprechverkehr funktioniert noch. Die als Geiseln festgenommenen Personen sind im Laufe des Dienstags nachmittag von den Demonstranten wieder freigelassen worden. Sie haben aber so schweren Misshandlungen erlitten, daß sie das Krankenhaus aufsuchen muhten.

### Generalkreis in Freiburg.

Gestern mittag wurde in Freiburg der Generalstreik erklärt. Die Streikenden stellten die gleichen Forderungen wie diejenigen in Lörrach. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden. Die Schuhpolizei und Gendarmerie wurde verstärkt.

### Achtung! Beitrag-Ergänzungstabelle

für die Woche vom 17. bis 23. September 1923.

#### Krankenversicherung:

Stufe	Wochenverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag	Anteil des Arbeitnehmers %	Arbeitsgebühr %
	M.	Millionen M.	M.	M.	M.
62	bis 122.500.000	15	9.450.000	6.300.000	3.150.000
63	" 157.500.000	20	12.600.000	8.400.000	4.200.000
64	" 192.500.000	25	15.750.000	10.500.000	5.250.000
65	" 227.500.000	30	18.900.000	12.600.000	6.300.000
66	über 227.500.000	35	22.050.000	14.700.000	7.350.000

Die Lohnkosten kommen bis mit 50 in Begfall.

In der Invalidenversicherung werden mit 17. 9. 23 folgende Lohnkosten angefügt:

Stufe	Wochenverdienst	Wochenbeitrag
	M.	M.
41	mehr als 25.000.000	740.000
42	" 46.668.000	1.080.000
43	" 70.000.000	1.480.000
44	über 93.337.000	1.900.000

**Neue Herren- und Damenträder**  
noch günstig zu verkaufen. Erleichterte Zahlungsbedingungen.  
**L. Winkler,** Hauptstr. 73.

**Die Mitglieder des Obstbausvereins Merzdorf u. Umgegend,**  
welche ihren Kartoffelbedarf von Seiten des Vereins decken wollen, werden ersucht, sich beim Mitglied  
Paul Schäfer, Weida, Gothastr. 4, zu melden.

**Für Midrib**  
ist das Antragen des Midrib-Tageblattes an zuverlässige Leute zu vergeben. Waldgraf. Meldungen erhält die Tagesblatt-Gesellschaftsstelle Weida, Gothastr. 50.

**Solidar-Zahrlorbeiter**  
Auf 30, m. etwas Wäsche u. Möbel, sucht Bekanntschafft m. Dame (Ende 20) zwecks Heirat. Vom Lande besorgt. Witwe nicht ausgeschlossen. Offiz. Bild u. B.C. 768 an Tagessch. Weida.

**Gehrock-Anzüge Cutaway-Anzüge**  
werden verliehen. Kontakt: 982. Münchholz.

### Bauwirtschaftliches.

**Neue Ausfuhrbeschränkungen.** Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien geht mit Wirkung vom 27. September 1923 alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen nur Nahrungsmittel, Rohstoffe und gewisse Rohstoffabfälle, an denen die deutsche Weiterverarbeitungsindustrie besonders interessiert ist. Durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung aufgrund des Notvertrages wird die Säuerlung und Verarbeitung von Exportwaren in hochwertiger Qualität, sowie die Verwendung des Gegenwertes im Interesse der deutschen Wirtschaft und die Abförderung an die Reichsbank vorgeschrieben.

**Schlüsselblatt für das Buchdruckerwesen.** Die Schlüsselblatt für das Buchdruckerwesen ist mit Wirkung vom 19. September ab auf eine Million festgesetzt worden.

**Der Bonität der Papiermark in New York.** Die National-Girobank in New York hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

**Das Goldstaatensatz.** Von 10. bis zum 21. September, einschließlich beträgt das Goldstaatensatz 8 179 998 000 %.

**Starke Zollerböhungen.** Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit einem ihm vom Reichskommissariat zur Beurachtung vorgelegten Gesetzentwurf über die Verordnung über Zollerböhungen. Der Entwurf sieht u. a. die Einführung von Zöllen bei fest zollfreien Waren vor, und zwar hauptsächlich bei Luxuswaren. — Der Regierungsvorlage wurde zugestimmt unter Annahme einer Entschließung, welche u. a. bei seinen Wollgeweben eine Zollerböhung bis 100 Prozent der jetzigen Zollsätze wünscht.

**Sächsischer Lebenshaltungsindex.** Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes. Nach den Preisstellen vom 17. September 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex für Gewerbe, Dienst, Belebung, Wohnung und Bekleidung 11.941.883. Gesamtindex ohne Bekleidung: 10.056.255. Am 10. September 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 4.840.218 und ohne Bekleidungskosten 3.481.062. Von 10. bis 17. September sind mitin die Preise der bei der Tiefenungsstatistik berücksichtigten Güter um 175,1 bzw. 188,9 v. H. gestiegen. Die Güter vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte Punktzahl (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 17. September 1923 531.170.

**Der deutsche Gegenvorlauf des Goldfrankens bei der Goldfrankenerhebung im Auslands-Brief.** Zeitungs-, Telegrafen- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 18. September auf ca. 28 000 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kärtchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nächste Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

**Elektrische Ausrüstung von Lokomotiven.** Wie B.Z.W. aus der Verwaltung nachrichtenden Kreisen mitgeteilt wird, hat die Firma Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Chemnitz einen Auftrag auf die elektrische Ausrüstung schwerer schwadiger Güter- und Personenzug-Lokomotiven für das bädische Netz der Reichseisenbahnen erhalten. Die Lokomotiven sollen bei angenäherter 2000 PS. Leistung und 66 Kilometer Stundengeschwindigkeit zunächst auf der Berghüttendorfer Strecke bei einer Stützung von 40 Prozent die schwersten Personen- und Güterzüge ohne die bisher erforderlichen Schlepplokomotiven befördern. Sowohl der elektrische Teil wie der von der Firma A. Maier-München zu liefernde mechanische Teil stellen beträchtliche Neuerungen dar, zu deren Erprobung sich die Reichseisenbahnenverwaltung entschlossen hat, um bei Bewährung weitere Lokomotiven dieser Bauart zu bestellen. Im besonderen erfolgt die Geschwindigkeitsregelung der Lokomotiven nach einem neuen der Firma C. A. G. patentierten System, das ein ganz allmähliches, vollständig kontinuierliches Regeln der Zugkraft und der Geschwindigkeit ermöglicht. Durch diesen Auftrag ist die Firma in den Kreis berjentigen weniger elektrischen Firmen getreten, die an der Elektrifizierung der Städtebahnen herangezogen werden. Sie hat bereits ein Viertel der für die Elektrifizierung der Berliner Städtebahnen bestellten Motoren und fürstlich kostspielige Regeln der Berliner Städtebahnen bestellt und für die Umspannanlage, bestehend aus drei Einphas-Umspannern von je 1500 KW. Leistung für das vierte Umspannwerk der Berliner Städtebahnen in Auftrag erhalten.

### Marktblätter.

Die amtlich notierten Preise im Tausenden Mark waren an der Berliner Produktionsbörse pro 50 kg ab Station vom 18. September: Weizen, märkischer 270 000 bis 300 000. Sehr fein. Roggen, märkischer 220 000 bis 230 000. Sehr fein. Sommergerste 245 000-260 000. Sehr fein. Hafer, märkischer 220 000-240 000. Sehr fein. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 750 000 bis 850 000. Sehr fein. Weizenmehl über Sack. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 600 000 bis 700 000. Sehr fein. Weizen- und Roggenkleie frei Berlin 190 000-175 000. Schwankend. Trockenkleie 130 000 bis 150 00

## Die Notwährung.

Die regen belobten qualvollen Lieferzusagen des alten mit dem Reichs gross gewordenen und niedergeschlagenen Markt haben aufcheinend die Reichsregierung veranlaßt, den Grundentwurf der neu geplanten Währung vorzeitig bekanntzugeben, als es der Nachkrieg und Niedergangstätigkeit dienlich ist. Der Währungsplan stellt eine Auslese aus so vielfach allen wichtigen Entwürfen dar, die in letzter Zeit von den verschiedenen Interessengruppen und Finanztheoretikern aufgestellt worden sind. Die bedeutsame Grundthese ist das Aufgeben des Papiermarkts, der weiter blüher Körner über alle Minuten und Überläufe hinweg bis in unfern längsten Tage hinweggeschleppt worden ist. Nach dem Urteil „was fällt, soll man noch stoßen“, hat man dieses nicht mehr zugestehen, sondern Kundenweise im Prinzip noch andern „Zahlungsmittel“ fast gänzlich ausgeschaltet. Als Scheitertag will man die bedeutsame Zettel noch gelten lassen, deren zahlreiche Rullen vergleichbar wären, der voranstehende Zahl Bedeutung zu geben. Eine Denominierung nach russischem Vorbilde durch Nullenstufen liegt aus praktischen Gründen nahe.

Vor dem Großverfehl der Wirtschaft soll die Reichskanzlei, die hinsicht nicht mehr als ungünstige Dienarin des hinterrotten Staates ungedeckte Schatzwechsel zu diskontieren hat, Goldnoten herausgeben, die durch die eingezogenen Goldwechsel der Wirtschaft sowie durch einen Gelfabehandl von Gold und Deutzen gebetet werden sollen. Man hält sich bei dieser Maßnahme auf die Erwägung, daß der Zahlungsmittelumlauf in Gold in der letzten Zeit auf die geringe Summe von 100 bis 150 Goldmillionen aufgangen ist, gegen 5-6 Goldmillionen der Vorstellung. Das verkleinerte in seiner Wirtschaftsbewertung geschwächte Reich darf eben nicht mehr das Zahlungsmittelumlaufes der Vorkriegszeit. Als ganzbares Wertmittel des allgemeinen Zahlungsverkehrs sollen sogenannte Sachwertgelds herausgegeben werden, die durch eine Abgabe des Betriebs gedeckt sind. Daß die hierzu notige Bestabfaltung auf der Grundlage des Wehrbeitrages durchgeführt werden soll, mutet allerdings heute, nachdem wir mittler in der gewaltigsten Weltumwidmung aller Seiten stehen, wie ein schlechter Scherz an. Hieran kann auch die für den 31. Dezember in Aussicht genommene Neuveranlagung nicht viel ändern, denn mehr als zwei lange, in dieser Zeit in ihren Ereignissen wirtschaftlich gar nicht abwählbare Monate trennen und noch von diesem Zeitpunkt.

In den amüsanten Beilegworten zu der Säuberung des neuen Währungssystems, das an inneren Unstechen und Widersprüchen noch manches fast unlösbar Rätsel aufgibt, wird vorzüglich bemerkt, daß es sich nur um eine Übergangsform, um eine Notwährung handelt, die in einer endgültigen Goldwährung auszunehmen soll. Wertzuwendungen des „Sachwertgeldes“ oder wie man es sonst nennen will, sollen durch zeitliche und zahlenmäßige Begrenzung der Ausgabe verhindert werden. In der nun bestehenden Übergangszeit soll und will man versuchen, das Staatsbudget in Ordnung zu bringen. Die praktischen Folgen des nun der Daseinskraft bekanntgegebenen Finanzexperimentes, das die Höhlenlücken im Faust 2. Teil hoffentlich nicht nur an Kompliziertheit, sondern auch an Goldstabilität übertreffe, lassen sich solange nicht überblicken, als nicht nähere Einzelheiten der Durchführung bekannt geworden sind. Sonst scheint festzulegen, daß es sich bei der neuen Notwährung nur um die Einführung einer Inlandswährung handelt. Dies liegt wohl auch der schwächste Punkt des ganzen Unternehmens. Eine Währung wird eben nicht nur und nicht einmal in erster Linie ihrem Werte nach von der Inlandsbedeutung bestimmt, sondern von dem Vertrauen, das man in der Welt der Sammlung des die Währung garantierenden Staates beweist. Die Währung deutscher Kreise entgegenbringt. Die politische Lage ist wüstlich nicht dazu angelegt, ein solches Vertrauen, welches im Auslande noch im Inlande zu festigen. Vorauflistung des Geleins des Experiments ist, wie ja auch von Regierungsseite zugesagt wird, die Sicherung des Staatsbudgets. Nun liegen aber auf diesem Budget so ungeheure, durch den Friedensvertrag bestimmte Verpflichtungen, daß weder der ordentliche noch gar der außerordentliche Tat allzu große Hoffnungen auf Erfüllungsmöglichkeiten bietet. Es ist kaum anzunehmen, daß das Ruhrgebiet wieder politisch in die deutsche Wirtschaft eingefügt werden kann. Selbst wenn bei Aufgabe des sogenannten passiven Widerstandes die ungebetenen unproduktiven Balken gemindert werden, ist doch kaum an eine Einschränkung der Produktion des letzten und formal noch belassenen Wirtschaftsgebietes im politiven Sinne zu denken. Schwere Bedenken rüsten sich in den Kreisen der nationalen Produktivität und des nationalen Realitäts, auch an die Tatsache, daß nun wiederum ein Teil des Realbesitzes durch die Belastung für die neue Goldwährung zu Gunsten des internationalen Orientkapitalismus mobil gemacht werden soll. Vorläufig heißt es, sich so gut wie es geht, mit einer Entwicklung abzufinden, die von den maßgebenden, durch parlamentarische Mehrheit gestützten Kreisen eingeleitet worden ist.

## Das neue Währungsprogramm.

Das Reichsfinanzministerium wird mitgesetzt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes soweit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch instand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsleben in vollem Umfang zu erfüllen. Reichsbanknoten werden bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, so daß eine ungeheure Vermehrung des Papiermarktumlaufs nicht mehr stattfindet. Für eine Nebenzugangszeit bis zur Gelösung des Reichshaushalts gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft (Banken, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitrages sichergestellt werden. Diese Noten werden gleichliches Zahlungsmittel. Die Papiermarkt wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurs einzössbar sein wird. Gleichermaßen wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm die nächste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortsetzende Bedeutung der Ausgaben erzielt werden.

Drei verschiedene Zahlungsmittel sollen in Zukunft nebeneinander bestehen, nämlich erkennbar das von einer besonderen Währungsbank auf Grund von Goldverpflichtungen der Erwerbsstände ausgegebene Sachwertgeld, das allein als gesetzliches Zahlungsmittel fungieren wird, zweitens die bisherige Papiermarkt, die ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel entzweit werden und nur als Scheidemünze Verwendung finden soll, drittens die Goldnote, die von der zur Goldmarkbank umgewandelten Reichsbank aus gegen Einreichung von Goldmünzen ausgegeben und durch Gold oder Deutzen gebetet wird. Diese Goldnote, um zunächst von ihr zu reden, erhält vorläufig nicht den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel, ebenso wie auch die Noten der alten Reichsbank zwischen den Jahren 1875 und 1900 kein rechtliches Zahlungsmittel waren. Die Reichsbank wird

## Der internationale Gewerkschaftsbund zur Ruhrfrage.

Genf. Im Auftrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam richteten Jouhaux-Frankreich und Andreeff-Holland heute an die Völkerbundversammlung eine lange Debatte über die Reparationsfrage, in der sie, da eine Lösung durch die Regierungen selbst unmöglich sei, eine internationale Regelung des wichtigsten Problemes, aus denen sich die Reparationsfrage zusammenlegt, nämlich die Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Organisation der internationale Anleihe und die Pfänderfrage, der Regelung des Völkerbundes anvertrauen wollen. Das einzige internationale Organ, das die Regelung der Reparationsfrage unter diesen drei Gesichtspunkten in die Hand nehmen könne, sei nur der Völkerbund und ihm müsse daher die Reparationsfrage unterbreitet werden.

Die Denkschrift führt u. a. aus:

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der 20 Millionen Arbeiter vertritt, hält es für seine Pflicht, der Völkerbundversammlung den Friedenswillen der Arbeiterschaft und ihre Ansicht über die Bedingungen eines Friedens in Erinnerung zu bringen. Zwischenfalls wie der Korfu sind immer möglich, solange die allgemeinen Grundlagen des Friedens fehlen, d. h. die Reparationsfrage ungelöst bleibt. Solange auf der dreifachen Grundlage der Rechte der Gläubigerstaaten, der Kollektivinteressen der Welt und der Zahlungsfähigkeit der Schulden, die den verantwortlichen Mächten auferlegten Kosten nicht endgültig zahlenmäßig festgestellt, solange ein gerechtes und ausführbares Programm nicht auf Grund gemeinsamer Verständigung angenommen ist, wird die Trostung bewaffneter Konflikte weiter die Völker drücken. Tatsächlich können selbst die höchsten von Deutschland zu zahlenden Summen den materiellen Schaden nicht gutmachen; und so ist es jetzt auch unbekritten, daß die Beiträge des Londoner Zahlungsschlusses nicht geleistet werden können. Die lezte deliktive Note stellt ein, daß man es erheblich herableben kann. Die Denkschrift zählt alle Vorbehalte auf, die bereits der Internationale Gewerkschaftsbund in der Reparationsfrage gemacht hat in der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Unordnung vor allem die Arbeiterschaft belastet. Sie erinnert ferner an die Anregungen zur Regelung der Verbundung deutscher Arbeiter in den besetzten Gebieten, der Naturreisen und an die von ihm aufgestellten Grundätze: **Gerechte Feststellung der deutschen Schulden; gegenständige Annulierung der Kriegsschulden; internationale Anleihe; internationale Zusammenarbeit zur Behebung der Valuta-Umordnung zum Zwecke des Wiederaufbaus; lauter Grundätze, die heute auch in den Regierungsschichten auftauchen.**

In der Denkschrift heißt es weiter, die Entscheidung Amerikas könne nicht abgewartet werden. Die Schwierigkeiten, die sich der Reparationsfrage entgegenstellen, müßten sofort gelöst werden. Da ergäben sich drei wichtige Fragen: Erstens die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Eine weitere Hinabschlebung der Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wäre verhängnisvoll, würde alle bestehenden Schwierigkeiten offen lassen, die deutsche Wiederaufrichtung und damit die Wiederaufrichtung der deutschen Verpflichtungen verhindern. Die Vollendung der deutschen Wiederaufrichtung sei unbestreitbar. Ein Bild der deutschen Finanzlage könne nicht entworfen werden, weil sie sich mit furchtbarer Geschwindigkeit verschärft. Aber niemand könne übersehen, daß Deutschland am Abgrund des Unterganges steht und daß die Verlängerung dieses Zustandes seine Auflösung und seinen Zusammenbruch herbeiführen würde. Für Deutschland sowohl als auch für seine Gläubiger würde der Untergang die furchtbaren Folgen haben und im Herzen Europas einen Herd der Unordnung schaffen, der die gesamte Weltwirtschaft erschüttern würde. Der Einwand, welchen selbst die Mächte erheben, die nicht an eine Einführung der

von ihnen jeglichen Verpflichtung, für die Zwecke des Reiches Schatzwechsel zu diskontieren und Noten auszugeben, vollständig bestreift. Sie wird zur Bank des gewerblichen Verkehrs, dessen Goldwechsel sie diskontiert, und zwar in der Form, daß sie den Gegenwert in Form von Goldnoten auszahlt, und diese Goldnoten bei der Rückzahlung des Wechsel wieder zurückhält, wodurch, solange der Wirtschaftsverkehr auf den Kredit der Reichsbank angewiesen bleibt, eine umfangreiche Sammlung der Goldnoten ausgeschlossen sein würde. Die Goldnoten der Reichsbank werden, abgesehen von den Goldwechseln, auch durch effektives Gold und Deutzen gebetet sein.

Die Papiermarkt soll lediglich als Scheidemünze erhalten bleiben, d. h. sie soll kein gesetzliches Zahlungsmittel sein, sondern nur zur Umleitung kleinerer Verträge dienen und nur bis zu einer gewissen Höchstgrenze der Annahmeverpflichtung im Verkehr unterliegen. Und der Papiermarkt für den Verkehr handlicher zu machen und gleichzeitig den Milliardenballast mit seinem rückigen Verlauf für die Wirtschaft zu beseitigen, läuft unter Umständen eine sehr starke Devaluation, d. h. Fortsetzung einer großen Anzahl von Rullen bei der Papiermarkt in Betracht. Die Papiermarkt soll in ihrem Kurs an das Sachwertgeld gebunden werden und zwar dadurch, daß seine Einführung in Sachwertgeld jederzeit stattfinden kann.

## Ministerzusammenkunft.

Nachdem die englischen und französischen Staatsmänner eine gewisse Zeitspanne schon aneinander vorbeigeredet haben und auch möglichst aneinander vorbeigesungen sind, soll nun wieder eine Ministerzusammenkunft stattfinden. Deutschland steht noch Ansicht Englands unmittelbar vor der Kapitulation. Deutschland hat durch seinen Widerstand gegen die Ruhrbesetzung gleichzeitig Englands Ende geführt, und England muß nun mit den neuen Tatsachen abhängen. Die französische Presse fordert in diesem Zusammenhang, daß England nunmehr die Ereignisse der letzten acht Monate als gegeben hinnimmt und sich zu Frankreich und Belgien in Anerkennung des französischen Sieges an den Verhandlungstisch setzt. Mit aller Kraft arbeitet Frankreich daraufhin, daß Deutschland auch offiziell vor dieser Zusammenkunft kapituliert, während England natürlich großen Wert darauf legt, möglichst noch vorher auf die Bedingungen dieser Kapitulation Einfluß zu gewinnen. Die Hoffnungen gewisser Kreise auf ein Eingreifen der Vereinigten Staaten im letzten Augenblick dürften allerdings hinfällig sein.

Zu der Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin schreibt der „Petit Parisien“, schon in der vergangenen Woche habe Poincaré freundlichlich bei dem englischen Premierminister angefragt, ob er bei der Durchsetzung durch Blatt eine Begegnung mit ihm wünsche. Das halbmäntliche Blatt sagt, die Begegnung dürfte nicht lediglich den Charakter eines einfachen Höflichkeitstreffens haben, freilich dürfen von dieser Unterredung auch nichts erhoffen, was sie nicht bringen könne. Nur einige Wochen später, sagt das Blatt weiter, trennen und von dem letzten Notenaustausch, der die Einigkeit der französischen und englischen Regierung über die Gesamtheit des Reparationsproblems und der Ruhebefriedigung offenkundig hat. Seit dieser Zeit hat sich keine neue Partie von irgend welcher Bedeutung ereignet. Die Begegnung von zwanzig wichtigen Bedeutung ereignet. Die Begegnung

gesamten Reparationsforderungen glauben, nämlich, daß eine Festlegung der deutschen Schulden verhindern würde, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, könne daher nicht berücksichtigt werden; denn auch diese Mächte hätten die Notwendigkeit von Moratorien anerkannt. Außerdem sei die Festlegung der deutschen Zahlungsfähigkeit die Voraussetzung für eine internationale Anleihe.

Damit ergebe sich die zweite wichtige Frage: Die letzten Jahre haben gelehrt, wie illustriert das alliierte Programm der Reparationszahlungen ist, daß immer nur finanzielle Lösungen in Form von überzogenen Goldabzahlungen an die Reparationskommission vorliegen. Heute, da das deutsche Geld wertlos ist, muß dieses System als völlig absurd erscheinen, und der Gedanke der deutschen Arbeiterschaft, in den verwüsteten Gebieten, großzügiger Naturablieferungen, Mobilisierung der deutschen Schulden durch eine internationale Anleihe findet allgemein Anerkennung. Deutschland müßte daher möglichst von den langfristigen Zahlungen bestreit werden; andererseits kann der Wiederaufbau seiner Finanzen nicht durch seine eigenen Mittel verwirklicht werden. Hierzu führt die Denkschrift u. a. aus:

Die internationale Arbeiterschaft spricht von neuem ihre tiefe Überzeugung aus, daß die gegenwärtige Besitzungs- und verhängnisvoll ist, die Deutschland ohne Nutzen für seine Gläubiger zerstört, die Unruhe in Europa verschärft, die Weltwirtschaft desorganisiert und mit einer positiven Wirkung der Reparationsfrage nicht vereinbart werden kann. Diese Belehrung muß jetzt auch ein Ende nehmen.

Eine Regelung der Reparationsfrage muß und kann nur international sein. Die Festlegung der Zahlungsfähigkeit und der Höhe der deutschen Schulden kann nicht nur durch die Gläubigerstaaten erfolgen. Wenn man keine Annäherung unter den Forderungen der Gläubigerstaaten verzögern kann, so gelangt der gegenwärtige Stand der Frage wie seine frühere Entwicklung, daß in einer so ersten Gelegenheit nicht aus einer direkten Verständigung zwischen den interessierten Ländern gezählt werden darf, deren Interessen untereinander im Gegensatz stehen. Die Festlegung der deutschen Kosten kann nur ein internationales Organ besorgen, das nicht nur in der Lage ist, einen Schiedsgericht zu föhlen, sondern auch die legitimen Forderungen aller interessierten Staaten in einer, daß allgemeine Interesse befriedigenden Lösung untereinander auszugleichen. Nur ein internationales Organismus, der unparteiisch und gerecht ist und allen Vertrauen einschließt, kann die Anleihe verwirklichen und die Pfänderpolitik durchführen.

Entsprechend seinen früheren Forderungen erneuert daher der Internationale Gewerkschaftsbund am Schlusse seiner Denkschrift den Vorschlag, daß der zur Aufrechterhaltung des Friedens geschaffene Völkerbund die Initiative zu einer Lösung der Reparationsfrage ergriffe, da die die gesamte internationale Politik beherrschte. Allerdings müssen die in der Versammlung vertretenen Staaten eine solche Forderung unterstützen. Dann wäre es wesentlich, daß die direkt interessierten Staaten, Frankreich, Belgien und England, die Forderung vor den Völkerbund bringten. Der Internationale Gewerkschaftsbund habe an den Völkerbund appelliert in der Gewissheit, im Interesse der Arbeiter der Welt und des Weltfriedens zu handeln.

handlungsangebote, die in der letzten Zeit von Berlin gekommen seien, seien sein Ereignis, da der deutsche Reichskanzler veräumt habe, zu äußern, daß er bereit sei, den polnischen Widerstand bedingungslos aufzugeben. Da sich die Lage nicht geändert habe, könne man nicht erleben, inwiefern Poincaré oder Baldwin ihre Stellung ändern könnten, aber es sei gut, daß sie sich lernen lehren. — Nach dem „Petit Parisien“ soll Baldwin den Männern seiner Umgebung erklärt haben, man könne die Entente nicht so wieder austritt, wie sie sein sollte, wenn man nicht damit beginne, die Beziehungen des Vertrauens zwischen der englischen und der französischen Regierung wiederherzustellen, die die englisch-französische Freundschaft vor und während des Krieges so mächtig gemacht hätten. Die ehemaligen Beziehungen seien in Banken geraten, man müsse sie aufs neue herstellen, wenn man wolle, daß die Zukunft besser werde. Ein großer Dienst, sagt das Blatt, würde der französisch-englischen Zusammenarbeit geleistet werden, wenn nach der bevorstehenden Zusammenkunft die beiden Ministerpräsidenten in dauernder direkter Verbindung bleibten würden.

Die Londoner „Westminster Gazette“ schreibt, es könne nicht erwartet werden, daß zwischen Baldwin und Poincaré eine erste Erörterung des Reparationsproblems stattfinde, denn aus den letzten Reden Poincarés gehe hervor, daß die Macht auf eine Übereinkommen so gering wie nie sei. Es sei anzunehmen, daß Baldwin nach seiner Rückkehr das Kabinett einberufen werde.

Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ misst den Pariser Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten keine große politische Bedeutung bei, da beide jeder politischen Erörterung abgeneigt seien, der nicht ein vorheriges durch diplomatischen Meinungsaustausch erzieltes Übereinkommen vorausgesetzt sei. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß das britische Kabinett keinen neuen Schritt beschließen werde. Die formelle Einstellung des deutschen Passiven gegenüber wird bestrebt werden, wenn nach der bevorstehenden Zusammenkunft die beiden Ministerpräsidenten in dauernder direkter Verbindung bleiben würden. Weit wichtiger als die Frage des Passiven ist mächtig gemacht hätten. Die ehemaligen Beziehungen seien in Banken geraten, man müsse sie aufs neue herstellen, wenn man wolle, daß die Zukunft besser werde. Ein großer Dienst, sagt das Blatt, würde der französisch-englischen Zusammenarbeit geleistet werden, wenn nach der bevorstehenden Zusammenkunft die beiden Ministerpräsidenten in dauernder direkter Verbindung bleiben würden.

Zu der Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin schreibt der „Petit Parisien“, schon in der vergangenen Woche habe Poincaré freundlichlich bei dem englischen Premierminister angefragt, ob er bei der Durchsetzung durch Blatt eine Begegnung mit ihm wünsche. Das halbmäntliche Blatt sagt, die Begegnung dürfe nicht lediglich den Charakter eines einfachen Höflichkeitstreffens haben, freilich dürfen von dieser Unterredung auch nichts erhoffen, was sie nicht bringen könne. Nur einige Wochen später, sagt das Blatt weiter, trennen und von dem letzten Notenaustausch, der die Einigkeit der französischen und englischen Regierung über die Gesamtheit des Reparationsproblems und der Ruhebefriedigung offenkundig hat. Seit dieser Zeit hat sich keine neue Partie von irgend welcher Bedeutung ereignet. Die Begegnung von zwanzig wichtigen Bedeutung ereignet. Die Begegnung

## Ein neuer Akt des deutschen Schicksalskampfes.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Stresemann hat soeben einem Schweizer Zeitungsvertreter gegenüber erklärt, daß er durchaus für ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten Deutschlands mit Frankreich eintrete. Diese Frage könne aber nur innerhalb des gesamten Reparationsproblems unter Berücksichtigung der Interessen beider Teile gelöst werden und d. h. einmal für Deutschland endgültige Rückkopfung des Rechtes im Westen und endgültiger Verzicht Frankreichs, die Rhein- und Ruhrfrage zu einer internationalen Frage zu machen, durch die eine Wiedereinigung des territorialen oder politischen Status quo erstrebt werden soll. Der deutsche Verständigungs- und Opferwillen ist in dieser Erklärung wieder deutlich, unmißverständlich zum Ausdruck gekommen. Gleichzeitig aber belehren uns die letzten Reden Polnareks und die neuesten unerhörten Sklavenverordnungen der französischen Besatzungsbehörden, daß Frankreich heute fester als je entschlossen ist, jedes formelle Abkommen mit Deutschland, das dieses schließen würde, um die Grundmöglichkeit für seine innere Sanierung zu schaffen, nur als eine aus mancherlei Rücksichten wünschenswerte Etappe anzusehen, um sein nie aus den Augen gelassenes Endziel, wirtschaftliche und politische Unterwerfung Westdeutschlands (möglichst auch Süddeutschlands) und dauernde Verkrappelung des deutschen Nordens und Ostens, das heißt vor allem des gehafteten und gefürchteten Preußens um so sicherer zu erreichen.

Die französische Verschleppungspolitik und die englische Haiderpolitik haben es erreicht, daß die deutsche Mark an dem Nullpunkt angelangt ist und die Reichsregierung wie die deutschen Wirtschaftsträger ihre letzte Kraft zur Beschwörung des völligen, dann aber auch unheilbaren Finanzzusammenbruchs aufwenden müssen.

Diese äußerste Notlage glaubt Herr Polnarek günstig für Waffenstillstandsverhandlungen, durch die ja zugleich die englische Opposition entwaffnet und die öffentliche Weltmeinung beeinflusst werden könnte. Über diese Bereitwilligkeit Frankreichs zu Waffenstillstandsverhandlungen, auf die auch der "Tempo" soeben hindeutet, ist natürlich weiter nichts, als die Bereitwilligkeit, die Lust der Stunde zu neuen, vielleicht formell höflich verschleiertem Diktat auszunutzen. Das offiziöse Pariser Blatt erklärt sogar ganz offen, alle Versprechungen seien überflüssig, solange Deutschland die Freigabe des Rheinlandes und des Ruhrgebietes fordere.

Deutschland steht wieder einmal vor schwersten Schicksalsentscheidungen und vielleicht vor härtestem Drang.

Und deshalb muß heute schon in dem ganzen deutschen Volke, in allen sozialen und wirtschaftlichen Schichten, in allen politischen Parteien und Landsmannschaften erneut der alte Wille — nicht in zwecklosen Demonstrationen aufflackern — sondern sich zu eiserner Entschlossenheit härteln, unter dem übermäßigen Drang der Verhältnisse, auch wenn wir uns vorübergehend beugen müssen, nicht zu zerbrechen, sondern in allem Denken und Handeln immer den einen obersten Gedanken: Die Rettung und Befreiung des Vaterlandes uns vor Augen zu halten.

Je weniger frei und mächtig leider die offizielle deutsche Reichsmacht ist, umso freier und mächtiger müssen der deutsche Gedanke und der deutsche Wille werden. Nur diese stützlichen Kräfte, auf wirtschaftliche Opferbereitschaft jedes einzelnen gegründet, die schon in dem heroischen Abwehrkampf an Ruhr und Rhein ein nie verlöschendes Fahnental nationaler Geschlossenheit und Entschlossenheit entflammt haben, nur diese unermüdliche nationale Propaganda können trotz allem und allem die deutsche Einheit und die deutsche Zukunft sichern.

## Neue Pausbestimmungen für das besetzte Gebiet.

Nach einer Mitteilung der französischen Besatzungsbehörde verlieren alle Stempel auf Posten und Personalanträgen mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. Die neuen Pausbestimmungen sind bisher noch nicht bekannt.

### Die Franzosen erheben Steuern im Ruhrgebiet.

Wegen einer von den Franzosen in Dortmund verhängten Beschlagnahme haben die Gastwirte ihre Lokale bis auf weiteres geschlossen.

### Raub von Erwerbslosengeldern.

Nachdem sich die Meldung vom 18. September, die Franzosen hätten eine Billion Mark geraubt, als falsch erwiesen hat, haben die Franzosen gestern eine Billion Mark beschlagnahmt, die für die Erwerbslosenunterstützung bestimmt war. Anfangsgeboten ist die Stadt Essen heute nicht in der Lage gewesen, die Erwerbslosenunterstützungen auszuzahlen.

## Reues von den Brüdern Grimm.

(Von Jakob Grimm am 30. September, 30. September.)

Scherer hat einmal die Brüder Grimm die beiden Schuppatrione der deutschen Sprache genannt, und wirklich sind sie die guten Geister gewesen, die das alte Kulturgut deutscher Vergangenheit mit dem Baustein ihrer Fortschreibung zu neuem Leben erweckten. Deshalb sind uns diese beiden Gehalten im Felde der deutschen Gelehrtenwelt besonders ehrwürdig, und jede neue Kunde ist vollkommen, die unsere Kenntnis von ihrem Leben und Wirken vertieft. Eine Fülle schönes Neuen bringen und die "Briefe der Brüder Grimm", die, von Hans Gürtler gesammelt, nach dessen Tode von Albert Lippmann im Verlag der Gemeinnützigen Buchhandlung zu Dena herausgegeben werden. Jakob und Wilhelm erscheinen hier im Briefwechsel mit den verschiedensten Persönlichkeiten in ihrer menschlichen Güte und wissenschaftlichen Bedeutung; wir folgen ihnen durch alle Phasen ihrer Laufbahn von den Kaiserlichen Anfängen über die Göttinger Zeit bis in die Berliner Meisejahre; keins sind sie ungetrennt, und auch als nach der "Vertreibung der Sieben" aus Göttingen sie sich nach einem neuen Wirkungskreis umsehen mussten, war ihre Haupt- und Grundbedingung, daß sie sich nicht voneinander trennen wollten. Jakob ist stets um die schwache Grundlage des Bruders unendlich besorgt. „Gott erhalte mir den lieben Bruder.“ schreibt er einmal an den englischen Freund und Schüler John R. Greenly, nachdem er von Wilhelms Krankheitsanfällen berichtet, „der fest in mein glänzend Dalein und Wesen verwachsen ist, keg ist

## Das Handbuch der deutschen Staatsbürgerschaft verboten.

Nach einer Haushaltung aus Koblenz hat die Rheinlandskommission das in den deutschen Schulen gebrauchliche Handbuch der neuen deutschen Staatsbürgerschaft für die besagten Gebiete verboten mit der Begründung, es enthalte eine Reihe tendenziöser Kommentare zum Verfall des Friedensvertrags.

### Degoutte verbietet die deutsche Goldanleihe.

Wie die "Montagspost" meldet, hat General Degoutte nach kurz vor Ablauf der Belehrungsfrist, dem Vorblatt der Rheinlandskommission folgend, die deutsche Goldanleihe für das Ruhrgebiet und den Brückenkopf Düsseldorf verboten, da sie seiner Genehmigung nicht unterbreitet gewesen sei. Der Betrag der Belehrung werde ohne Entschädigung beschlagnahmt. Ächter Strafen für Zuwidderhandlung wird die Schließung aller Institute angedroht, die an der Belehrung teilgenommen haben.

## Frankreichs Menschenraub.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Frankreich schon seit Jahrzehnten unter einem traurigen Geburtenrückgang leidet und aus diesem Grunde nichts unternutzt lädt, um der schwindenden Volkskraft einen Damm entgegenzulegen. Hierzu gehört auch die seit Jahren betriebene Vermischung mit fremden Rassen, vornehmlich solchen anderer Erdteile, die besonders während des Krieges ihren höchsten Punkt erreicht hat. Erich Lillenthal, der Verfasser der hochinteressanten Broschüre "Krupps französische Kanonen", widmet dieser Bevölkerungspolitik im Rahmen der weitgespannten französischen Eroberungspolitik einen Abschnitt, dem wir folgende Zellen entnehmen:

Frankreich sucht im Ruhrgebiet nicht nach Geld, nicht nach Rändern für deutsche Reparationsleistungen, es sucht dort auch nicht die Sicherheit seiner Grenzen. Alles dies hätte es haben können, ohne daß ein bewaffneter Franzose aus seinem Lande herauszukommen brauchte. Von May, Strasbourg, Nancy aus ist Frankreichs Heeresmacht genau so gut und ohne Kosten ins Lande, Deutschland in den durch Versailles geogenen Schranken festzuhalten, wie von Mainz und Essen aus. Frankreich sucht in Essen nicht die Aohlenfest. Es sucht die Sicherung seiner Weltmacht, es sucht die ihm hierzu fehlende Volkskraft, es sucht die deutschen Arme und Gehilfen. Frankreich sucht den deutschen Menschen als Sklaven, als Untertanen, als Mithelfer. Frankreichs Politik braucht Menschen, um durchgeführt zu werden, und es glaubt wirklich, eine Politik machen zu können, die deutsche Bürger zu Franzosen umstellt. Ohne deutsches Blut und ohne deutsche Hilfe kann Frankreich seinen Platz an der Sonne, den es gegenwärtig einnimmt, nicht behaupten. Der Reichstaat mit seinen ungefähr 20 Millionen Einwohnern gäbe Frankreich die 20 Millionen Deutsche, die das Reich nach Clemenceaus Meinung zu viel hat. Frankreich braucht Menschen: Seine Bevölkerung nimmt ab; sie ist ein Drittel kleiner als die Bevölkerung des gleichzeitigen Deutschlands und wird in kurzer Zeit nicht mehr der Volkskraft des ihm bereits überlegenen Italiens gewachsen sein. Frankreich kämpft mit der Uhr in der Hand.

Wie denkt es sich Frankreich, diese Hilfe bei der Weitereroberung gerade von den so gehafteten Deutschen zu erhalten? Wie will Frankreich Deutsche zu Franzosen machen?

Das entvölkerte Frankreich geht auf Menschenraub aus! Hier liegt der Schlüssel zur französischen Politik, nur hier erklärt sich die sonst ganz wahnhaft erscheinende, sich immer weiter ausdehnende Besiegung Westdeutschlands. Frankreichs Politik der bedrohten Kohleneintreibungsexpedition ist, so sonderbar es klingt, nichts anderes als ein gewalttätiges Werben um den Todes von deutschen Menschen.

### Russische Weltrevolutionsgläubige.

Die "Dr. R." berichten: Auf Seiten der sowjetrussischen Machthaber scheint man die augenblickliche Lage Deutschlands für geeignet zu halten, die Weltrevolution, die definitiv bisher über Rußland nicht recht hinausgewollte, wieder einmal nach Deutschland vorstoßen zu lassen. Wie nämlich von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind aus den Gelassenen der Sowjetregierung in den letzten Tagen der deutschen R. P. C. erhebliche Beträge — es soll sich um über 10 Millionen Goldmark handeln — zugestellt worden mit der Weisung, sie zur Ausübung der trocken des Verbotes in Preußen heimlich weiterbetreibenden proletarischen Kundmachungen, sowie zur Vorbereitung des in nächster Zeit zu erwartenden Umlistzes zu verwenden. Auch seien große Posten Handfeuerwaffen und Gewehre usw., die man in Rußland infolge der Verkleinerung der roten Armee entbehren könne, als leiner Tuschicht unterliegenden Nutzen geplänet nach Deutschland geschafft und in den Berliner Räumlichkeiten der russischen Handelsvertretung vorläufig untergebracht worden. Man sei in den Kreisen der sowjetrussischen Elitatoren der Ansicht, daß der katastrophale Kriegsfall und die herannahende Auflösung des Wirtschaftslebens die Regierung Stresemann bald befürchtet und für eine kommunistische Arbeiterrégierung Platz gemacht werde.

nicht wähle, was aus mir werden sollte, wenn ich ihn verlore.“ In einem Schreiben an Friedrich Blume sagt er, Wilhelmus Krankheit „mußte auch mich, wie Sie von selbst fühlen, in allen meinen besten Arbeiten, Plänen und Gedanken lämmen.“ Als sie, aus Göttingen vertrieben, noch Rassel zurückgeschickt waren und einer ungewissen Zukunft entgegenstehen, so beklagte sich in ihnen der große Gedanke des Wörterbuches, dem sie sich nun ganz gewidmet hätten. „Vielleicht ist Ihnen von einer großen Tochter zu Ohren gekommen, in die wir uns einlassen.“ schreibt Jakob an Semple. „Wir untersangen uns eines ausführlichen Wörterbuches der deutschen Sprache von Luther bis Goethe oder auf heute . . . Für die Menge der Aussage sind bereits über 20 Mitarbeiter geworden, was freilich ziemliche Kosten macht, doch liegt sich der Stoff anders garnicht bewältigen. Gerät und gelebt das Werk, so wird ihm ein dauernder Wert beigelegt werden dürfen; es ist die Frucht unserer Verbannung, die wir auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen.“ Beide pflegen einen ausgedehnten Bericht mit den Mitarbeitern am Wörterbuch, unter denen auch Gustav Freytag tätig ist.

Nachdem sie dann in Berlin heimisch geworden sind, lenkt sie mancherlei von diesen gewaltigen Unternehmen ab. Ein freundschaftlicher Verkehr mit alten Bekannten, wie Bettine und Savigny, bringt Schwäche. Von Bettine sagt Jakob: „Ihre Gedanken und Reden sind immer geistreich und aufregend, aber über den Rand des Gefühes fließend; Sie erfreut, trostet, kann aber doch nicht recht helfen.“ „Meine Vorlesung“, heißt es an anderer Stelle, „die freilich nicht mehr als etwas 80 zahlende Zuhörer hat, macht mir doch

Diese Angaben treffen insfern zu, als tatsächlich von den russischen Vertretern in Berlin in den letzten Tagen große Aufsätze namentlich auch in Bebenzmittel vermaacht wurden, die schwarz bereitgestellt werden, um bei einer etwaigen Krise die unvermeidlichen Ernährungsschwierigkeiten wenigstens für die kommunistischen Anhänger zu mildern zu können.

## Devisenraffianzen in Berlin.

Auf Ersuchen des Kommissars für Devisenraffianzen veranstaltete die Buschpolizei des Berliner Polizeipräsidiums gestern in einer Reihe von Cafés der Friedrichstadt und des Westens eine Durchsuchung nach ausländischen obliteraturpflichtigen Wertpapieren, mit sich die Betroffenen über den rechtmäßigen Erhalt und Beifügung nicht ausweisen konnten, fand vorläufige Beleidigung gegen Raffianz statt.

Zu den gefährlichen Devisenraffianzen in der Friedrichstadt und im Westen Berlins erklärte der Kommissar für Devisenraffianzen, Schlemmer Bellinger, einem Vertreter der "Rössischen Zeitung": Es war mir bekannt, daß in einer großen Anzahl von Banken Berlin in größtem Maße Devisen und vor allem Banknoten gehandelt wurden. Ich beschloß daher, eine überraschende Kontrolle dieser Banken vornehmen zu lassen. Im Augenblick ist eine Übersicht über den Ertrag des Unternehmens nicht möglich, jedoch dürften meine Schätzungen nach die beschlagnahmten Banknoten, die sich aus den Geldbörsen aller Bänder zusammenfanden, recht beträchtlich sein. Ich habe den gesamten Ertrag sofort dem Reich zur Verfügung gestellt.

Über die Vorgänge während der Devisenraffianzen teil der "Rössischen Zeitung" noch mit: Bahnlös waren die Fälle, in denen die fremden Gelder, darunter solche von hohen Werten, hinter und unter Tischen und Sofas geworfen wurden. Alle Anwesenden, Gäste und Personal, das sich übrigens ebenfalls zum Teil an dem wilden Devisenhandel beteiligte, mußten sich eine förmliche Durchsuchung gefallen lassen. Eine große Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitz eines gültigen Passes befanden, werden in den nächsten Tagen zwangsweise über die Grenze abgehoben werden.

## Einführung der freien Zuckerwirtschaft.

Wie verlautet, hat das Reichsernährungsministerium angekündigt, der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 die Einführung der freien Zuckerwirtschaft vorstellt. In der Bekanntmachung wird ausgeführt, daß der Industrieanbau gegenüber dem Vorjahr nur um ein geringes zurückgegangen sei, und daß mit einer Erzeugung von 12 Millionen Doppelzentner Verbrauchsüberschuß gezeichnet werden könnte, einer Menge, die hinreichend würde, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Von einer weiteren Durchsetzung der Erzeugungswirtschaft bedürfte die Regierung einer erheblichen Rückgang im Außenhandel. Um die unbedingte Gewähr zu haben, daß der Zucker in erster Linie der Bevölkerung zugute kommt, sieht der Entwurf vor, daß die Zuckerfabriken verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Teil ihrer Erzeugung bis zu einem bestimmten Termin als Rücklage zurückzuhalten. Die Rücklage darf nur mit Genehmigung des Ernährungsministers in den Verkehr gebracht werden. Ferner sollen die großen außerwerbshabenden Industrien konzessioniert und kontingentiert werden. Im allgemeinen sollen nur bereits bestehende Betriebe die Genehmigung zur Verarbeitung erhalten. Die Konzessionierung und Kontingentierung soll grundsätzlich central unter Bezeichnung der Industrieverbände, die bereits im letzten Jahre die Verteilung des Zuckers gebaut haben, durchgeführt werden. Um die Spekulation mit Zucker zu verhindern, wurde eine besondere Handelsordnung für Zucker für solche Betriebe vorgesehen, die mit dem Handel mit Zucker nach dem 1. Oktober 1923 beginnen wollen.

## Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt am 14. d. M. eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Vor Eintritt in die Tagessitzung ordnete Wohlgebäude, Herr Otto Moraw-Bittau, dem verstorbenen langjährigen zweiten Vorsitzenden, Herrn Dr. Kommerzienrat Georg Martius, einen herzlichen Nachruf. Die Anwesenden ehrteten das Andenken des Verstorbenen durch Lobreden von ihren Plänen. Nach Eröffnung des Gesellschaftsberichts durch den Sonditus und der Aufnahme einer Reihe von neuangemeldeten Mitgliedern, erstattete Herr Direktor Heinrich L. Dr. Geßler-Werke A.-G. (Dresden) ein interessantes Referat über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Der Redner erörterte in seinen mit großem Erfolg aufgenommenen Ausschreibungen eine Reihe von Maßnahmen, die zur Behebung der Schwierigkeiten ergreifen müssen und legte diesbezügliche Vorschläge bei der Versammlung vor. Alsdann gab der Vorsitzende, Herr Moraw, auf Grund der in Berlin vorgenommenen Verhandlungen ausführliche Darlegungen über die Streitungen zur Schaffung eines verbindlichen Zahlungsmittels und über Einzelheiten der hierauf bezüglichen verschiedenen Pläne, die zurzeit Gegenstand der Diskussionen sind. Ein beide Staaten schloß sich eine lebhafte Aussprache über die gegenwärtig besonders im Vordergrund stehenden Fragen der Reform der Währung, der Kreditnot, der Goldmarkberechnung, Steuerpolitik, des Einflusses der Währungsverhältnisse und der Steuerpolitik auf Lohn- und Preisverhältnisse, Schutz der Industrie gegen terroristische Ausschreitungen.

Als Ergebnis der Aussprache wurden 3 Entschließungen angenommen: I. Rat Voge; II. Steuern und Währung; III. Sicherheit der Produktion.

zu schaffen, schon der Wege halber; jeder Gang hin und zurück fordert 2 Minuten, für den langameren Wilhelm noch mehr. Im Jahre 1841 war eben noch der Weg von der Leinstraße nach den Linden eine weite Entfernung. Aus demselben Jahre berichtet Wilhelm: „Lieck schwimmt hier in einem Meer von Ehre und Glanz. Er schaut das alles, wie seine Natur ist, mit Behaglichkeit und seinem Genuss, als wäre es Champagnerschaum. Ich habe ihn noch nicht gesehen, vielleicht erblickt ich ihn heute Abend in Potsdam, wo wir der Vorstellung der Antigone bewohnen wollen. Die Eisenbahn wird heute Nachmittag alle großen Geister von Berlin ausladen und hinschaffen und abends 10 Uhr wieder zurückkehren.“ Auch in Berlin blieben die beiden der alten Heimat treu, und besonders rührend sind die Schilderungen, die Wilhelm von der Reise nach der Gegend gibt, in der er seine Kindheit und erste Jugend zugebracht. Der Sohn der Fremdherrschaft und der Befreiung erinnert er sich ganz genau. Waren doch diese Jahre des Zusammenbruchs und der Wiedererhebung das entscheidende Erlebnis für die Brüder, und noch 1897 sagt Jakob über den Franzosen: „Der Generation, zu welcher wir gehören, wird Mithrauen und Abneigung gegen die Franzosen unauflöslich eingeprägt bleiben, obgleich wir freilich vieles mildrer antreten, als wir 1813—15 taten. Dies Gefühl mödigt aber meinthalben ganz übergehen in das gestärkte und höhere Bewußtsein unserer eigenen deutschen Kraft, von alle Feindseligkeit; dann hätten wir nichts zu fürchten. Ein solches Bewußtsein hängt aber ab von politischer Einheit, die einmal wieder über Deutschland kommen muß . . .“